

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 030 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Einzelnummern
siehe am Schluss des heftigen Teils

Preußen unter reaktionärer Diktatur

Massenhinauswurf republikanischer Beamter

Die kommissarische Verwaltung Preußens hat die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums zu einem Beamtensturz größten Stils in allen preußischen Ministerien benutzt von dem 68 höhere Beamte betroffen werden. Davon werden 3 in den dauernden Ruhestand, 65 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Hier ist die Liste der Opfer dieses Beamtensturzes. Es sind vorwiegend Sozialdemokraten, Zentrumsmitglieder, Beamte republikanischer Gesinnung.

Staatssekretär Professor Dr. Dr. Scheidt wird mit Wirkung vom 1. Februar 1933 ab in den einstweiligen Ruhestand und auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1. Mai 1933 ab in den dauernden Ruhestand versetzt. Auf ihren Antrag werden in den dauernden Ruhestand versetzt: Im Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialrat Poefener und Oberregierungsrat Koter-mund.

In den einstweiligen Ruhestand werden versetzt:

Ministerium für Volkswohlfahrt: Ministerialdirektoren Meyer, Peters, Dr. Schneider; Ministerialräte Ahrends, Dänischke, Fischer, Herrmann, Dr. Mallwig, Dr. Marmann, Dr. Pauls, Lejff, Wed; Ober-regierungsräte Barlow, Baumgarten, Borchart, Jodehl, Spring, Tilly; Regie-rungsräte Andres, Wachsmuth.

Ministerium für Landwirtschaft: Ministerialdirektoren Bollert, Rociugh; Ministerialdirigent Thomas; Ministe-rialräte Bormann, Zmond, Kummer, Kastell; Oberregierungsräte Albrecht, Klemm; Regierungsräte Cleesdorff, Dr. Fischer, Grünwald, Rehlaß.

Ministerium für Handel: Ministe-rialdirektor Merten; Ministerialdiri-gent Jordan; Ministerialräte Frau Al-brecht, Frau Tropp, Smowski, Dr. Bietmann; Bergrat Lichtermann.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Ministe-rialdirektoren Dr. Jahnke, Dr. Hübner; Ministerialräte Becker, Dr. Garde, Kesten-berg, Seelig, Woldt; Oberregierungsräte Frau Ermier, Hollmann, Schneider; Regie-rungsräte Köhler, Voigt.

Ministerium des Innern: Ministerial-räte Abramowich, Hirschfeld, Kirchmann; Ober-regierungsräte Klempin, Fische; Regie-rungsräte Kof, Lehel, v. Freemann.

Finanzministerium: Ministerialdirektor Großer, Oberregierungsrat Apfisch.

Justizministerium: Ministerialdirigent Rosenfeld; Ministerialrat Polenz.

Staatsministerium: Ministerialrat Pfeifer.

Von den Angeführten sind die Beamten Sozialdemokraten, deren Name durch Fettdruck hervor-gehoben ist.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ab werden versetzt:

In das Ministerium des Innern: Mi-nisterialdirektor Dr. Schopohl, Ministerialdiri-gent Professor Dr. Müllmeyer, die Ministe-rialräte Dr. Berger, Dr. Koenig, Professor Dr. Leng, Dr. Ohermann, Freiherr v. Tscham-mer und Quarth, Wittelschöfer, sämtlich bis-her im Ministerium für Volkswohlfahrt; die Mi-nisterialräte Lindenau und Wiemann bis-her im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Oberregierungsrat Rothe und Frau Regierungsrat Dr. Mayer, bisher im Ministe-rium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Landwirt-schaft, Domänen und Forsten Regie-rungsrat Schewe, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die Ministerialräte Dr. Kügler, Lehmann und Scholz, bisher im Ministe-rium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Wissen-

schaft, Kunst und Volksbildung Mini-sterialrat Dr. Richter und Frau Ministerialrat Dr. Weber bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Finanzministerium Ministerial-rat Kasper, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Staatsministerium Ministerial-rat Bergbohm, bisher im Finanzministerium.

Damit ist die Liste der abgesetzten republikani-schen Beamten aber noch nicht abgeschlossen! Ueber die Personalien der Hilfsarbeiter entscheiden die Fachminister, d. h. die Kommissare. Der Her-auswurf der Hilfsarbeiter, die linker Gesinnung verdächtig sind, erfolgt still und leise, ohne Mit-teilung an die Öffentlichkeit!

Die „nationale Konzentration“ ist in Preußen an der Arbeit. Ihre Parole heißt: fort mit den Republikanern, zurück zum alten System der Junkerdiktatur und der konterrevolutionären Partei-herrschaft!

Es wird konzentriert

Die nationale Einigkeit marschiert

Herr von Papen, der Chef des Kabinetts der Barone, will mit den „nationalen“ Parteiführern über die „nationale Konzentration“ verhandeln. Was „nationale Konzentration“ ist, haben die Barone durch ihre letzten Schritte in Preußen festgestellt. Es bedeutet Bürgerkrieg mit der Ab-sicht der Diktatur über das werktätige Volk.

Gegen diese Absichten liegen sehr scharfe Be-stimmungen und Aufrufe der christlichen Ge-

werkschaften vor, ebenso bestimmte Er-klärungen des Zentrums gegen Herrn von Papen. Die Nationalsozialisten erklären, daß sie die ganze Macht für sich beanspruchen. Die Papen-Presse klagt: „Schon gescheitert? Ver-handlungen ohne Nationalsozialisten sinnlos.“ Am Sonntag sollen die Besprechungen beginnen.

Landtag 24. November

Kerrel beruft ihn ein

Landtagspräsident Kerrel hat den Preußischen Landtag nunmehr für Donnerstag, den 24. No-vember, einberufen. Die Tagesordnung wird später bekanntgegeben.

Noch keine

schwarzbraunen Verhandlungen

Die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung zwischen der national-sozialistischen und der Zentrums-fraktion des Preußischen Landtags waren im September auf Wunsch der Nationalsozialisten unterbrochen worden und sollten nach dem 6. November, also nachdem das Wahlergebnis für den Reichstag feststand, wieder aufgenommen werden. Wie das Nachrichtenbüro des VdS. hört, ist jedoch bisher noch kein Schritt unter-nommen worden, um die Koalitionsverhand-lungen wieder in Gang zu bringen. Es ist an-zunehmen, daß die Nationalsozialisten zunächst eine Klärung der politischen Lage im Reich herbeiführen wollen, ehe sie neue Verhandlungen in Preußen anbahnen.

Generalstreik in Genf

Auf 24 Stunden beschlossen

Genf, 11. November.

Wider alles Erwarten hat der unter dem Vor-sitz von Nationalrat Koffelet versammelte Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes des Kantons Genf heute abend mit 87 gegen 58 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschloffen, für Sonnabend den Generalstreik zu er-klären. Die Dauer des Streiks ist auf vierund-zwanzig Stunden beschränkt worden. Es scheint, daß die Befürworter des Streiks, die, wie es zuerst schien, in der Minderheit war, im letzten Augenblick die Mehrheit erlangten.

Truppenkonzentration bei Genf

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 11. November.

Das Genfer Gericht hat am Freitagnachmittag den Antrag auf Freilassung des Sozialistenführers Ricole wegen des krimi-nellen Charakters seines Vergehens abgelehnt. Der Generalstaatsanwalt und der Vorsitzende wollten Ricole in bestigen Ausfällen die Ver-antwortung für die Opfer des 9. November auf-laden, wogegen sich Ricole energisch verwahrte. Er bestritt auch jede andere ihm zur Last gelegte Verurteilung.

Die Regierung des Kantons Waad in Lausanne hat am Freitagnachmittag den Stab und die dritte Eskadron des berüchtigten Kavalerieregiments mobilisiert, das fast ausschließlich aus Bauernsöhnen besteht und schon zwei-mal seit Kriegsende sich als bestes Kampfinstrument gegen Arbeiter industrieller Gebiete bewährt hat. Die Konzentration dieser Kavallerie erfolgt in Morges, eine Stunde von Lau-sanne nach Genf zu. Die Vermutung liegt nahe, daß sie weniger für die geringen Unruhen in Lau-sanne selbst als zur Verwendung in Genf am Sonnabend dem Beerdigungstag der Opfer erfolgt ist. In Genf selbst ist bisher noch

keine Mobilisierung der alarmierten Miliz-angehörigen befohlen worden.

In einem zweiten Aufruf brandmarkt am Freitag die Gesamtpartei der Sozialdemokratie der Schweiz das grausige Verbrechen einer kor-rupten Bourgeoisie, die aus Angst vor den Anlagern und aus Rache blutige Rekruten auf die Genfer Arbeiterschaft habe schießen lassen. Die ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes, der dadurch bedingt sei, falle der Bourgeoisie zur Last. Scharf wird gegen die Verhängung der Militärgerichtsbarkeit über die Zivilbevölkerung, die Truppenalarmierung und das Versammlungs-verbot unter freiem Himmel protestiert. Die Arbeiter werden schließlich zu disziplinierten Protestversammlungen in ge-schlossenen Sälen aufgerufen.

Naziabgeordneter verhaftet

Aus seinem Auto wurde geschossen

Wuppertal, 11. November.

Von der Altkauer Kriminalpolizei wurde heute vormittag der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Keller festgenom-men. In seiner Begleitung befand sich ein ge-wisser Trimborn aus Barmen, bei dem im Juni vergangenen Jahres ein Munitionens- und Waffenlager gefunden wurde und der seit dieser Zeit flüchtig war und stechbrieflich gesucht wurde. Die Verhaf-tung des Reichstagsabgeordneten Keller erfolgte im Zusammenhang mit dem Vorfall in der Nacht zum letzten Sonntag, bei dem bekanntlich aus dem Auto des Abgeordneten Keller Schüsse auf Passanten und Polizei abgegeben wurden.

Herrenputsch!

Sie wollen unter sich sein

Das deutschnationale Parteiregiment in Preußen, das als „kommissarische Regie-rung“ firmiert, hat eine Rassenentlassung von Beamten vorgenommen, deren Zweck eindeutig ist. Die Verwaltung soll von allen Beamten geäubert werden, die sich fest zur demokratischen Republik bekennen. Die preußische Verwaltung soll ein Referatrecht der Deutschnationalen werden!

Dieser Umsturz in der preußischen Verwal-tung erfolgt auf der Grundlage des Arti-kels 48 zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“, gestützt auf die Notverordnung des Reichspräsidenten. Damit ist nicht nur der Charakter des kommissarischen Regiments, sondern auch die politische Linie des Reichs-präsidenten eindeutig bestimmt.

„Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung“ nennt sich der am Freitag erschienene neueste Erlass des preußischen Staatskommissars. Mit einem einzigen Federstrich werden in der preußi-schen Zentralverwaltung nicht weniger als 140 Referate aufgehoben, um die „geschäftliche Betätigung in den Ministerien einzuschränken, straffer zu gliedern“. Alles zu dem Zweck: „Geld zu ersparen!“

Boll Bewunderung über diesen Sparsinn einer hohen kommissarischen Obrigkeit wird der brave Bürger ausrechnen, daß damit auch 140 höhere preußische Beamte entlassen worden sind. Weit gefehlt! Der Amtliche Preußische Pressedienst zerdrückt im linken Auge eine Träne des Kummers über die wirtschaftliche Härte und das schwere Los, das die Entlassenen und ihre Familien be-troffen habe. Das rechte Auge des Kom-missars erzählt aber freudestrahlend: glück-licherweise hätten nicht alle 140 höhere Beamte entlassen werden müssen. Die „Geld-ersparnis“ beschränkt sich in der Tat nur auf 68 Personen, die in den einstweiligen Ruhe-stand versetzt worden sind, und 25 Referenten wechseln in ein anderes Amt und verwechseln dadurch nur den Schreibtisch. Lesen wir aber die Namen der Gebliebenen und Ent-lassenen, so entleidet sich der „Sparsinn“ der Herren Bracht und Papen so vollständig, daß nicht einmal ein Zweifel übrig bleibt. Rast und Lahl demaskiert und enthüllt sich der Sinn dieser Verordnung und Entlassun-gen als die Politik der Rache, des Parteibuches und des Klassen-kampfes.

Entlassen werden fast ausschließlich An-gehörige der republikanischen Parteien, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Entlassen sind eine ganze Zahl jener höheren Beamten, die zwar nicht das Prädikat des Akademikers tragen, aber wegen ihrer außergewöhnlichen Tüchtigkeit von der Weimarer Volksregie-rung in ihr Amt eingesetzt wurden. Im alten wilhelminischen Staat hätten sie nur mittlere Beamte werden können, trotz aller Kennt-nisse, Erfahrungen und Leistungen; so, wie ja auch in der kaiserlichen Armee der be-fähigste und beste Soldat keine Offiziers-uniform tragen konnte, wenn er nicht das „Einjährige“ besaß oder den Drill einer Kadettenschule hinter sich hatte. Die Republik hat dieses, auch in der Verwaltung und im Beamtenheer geltende Dreiklassenunrecht zu-gunsten des Volkes und zum Wohl des Staates beseitigt. Dem Tüchtigen war freie Bahn geschaffen. Jetzt kehren wir zurück in das selige Zeitalter des Korpsstudenten, der Kadetten-anstalt und der Bürger zweiten und dritten Ranges. Der Dreiklassen-staat erhebt wieder wie zu Wilhelms Zeiten! Der Studentenschmiff, die Mitgliedschaft in

Kulturabbau der Barone

Zerschlagungsarbeit der Autoritäten

einem feudalen Korps sollen wieder den Befähigungsnachweis für ein höheres Amt bilden!

Als das alte System zusammenbrach an der grandiosen Unfähigkeit seiner Minister und seiner Verwaltung, lief fünf Minuten vor zwölf der Reichszentraler von Bethmann Hollweg aus: Freie Bahn dem Tüchtigen! Die Republik hat freie Bahn geschaffen — jetzt gelistet es dem deutschnationalen Parteieregiment wieder nach dem alten System mit seinem höhnischen Kastengeist und seiner Abperrung vom Volke!

Dass der Haß gegen die Republik sich gegen sozialdemokratische, demokratische und dem Zentrum angehörende Beamte kehrt, kennzeichnet den parteipolitischen Charakter dieser Maßregelung. Daß daneben aber Tugende von Beamten gemährt werden, deren einziges Verbrechen es ist, daß sie aus dem mittleren Beamtenstand emporgestiegen sind, das enthält den Klassenkampfcharakter des Beamtenstubs!

Die Herren Barone wollen mit ihren Anhängern unter sich sein! Ihre Kreise soll keiner stören, der sich emporgearbeitet hat. Sie wollen zurück hinter Bethmann Hollweg.

Wenn sie sagen: Verfassungsreform, so meinen sie Klassenwahlrecht, Diktatur des feudalen Besitzes! Wenn sie sagen Reichsreform, so meinen sie Vorherrschaft des ostelbischen Junkertums! Seht nach Preußen! Hier wird vorgeführt, wie die Barone sich die Verfassungsreform und die Reichsreform denken!

Die Herren wollen unter sich sein. Sie wollen den Staat als ihre Domäne, sie wollen ihn als den Feind des arbeitenden demokratischen Volkes, sie wollen die Werttätigen ausschließen von seiner Verwaltung. Hochmütig, aber unfähig, reaktionär bis auf die Knochen, nach dem Muster der Herrenhausjunker des alten Systems. Sie wollen wieder sagen können:

Wang uns mang ist keener mang,
der nicht mang uns mang gehört.

Aber die Herren sind zu eifrig in ihrem Bestreben, dem Volke zu zeigen, was sie unter „nationaler Konzentration“ verstehen! Sie geben damit dem Volke eine Lektion, die bitter, aber lehrreich ist. Sie zeigen ihm, wie's gemacht wird! Eines Tages wird das Erwachen für die Barone aus ihrem Taumel der „nationalen Konzentration“ erfolgen — und dann wird das Volk beweisen, daß es gelernt hat!

Gegen die Barone

Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Die von der sozialdemokratischen Fraktion angebrachten Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen im Preussischen Landtag liegen nunmehr vor. Sie haben folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 25 der Preussischen Verfassung wird ein Untersuchungsausschuss von 20 Mitgliedern eingesetzt, der den Auftrag hat, die Vorbereitungen, Zusammenhänge und Methoden zu untersuchen, die bei der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wirksam geworden sind.

Es wird ein Untersuchungsausschuss von 20 Mitgliedern auf Grund des Artikels 25 der Preussischen Verfassung eingesetzt. Der Ausschuss wird beauftragt, zu untersuchen, nach welchen Grundsätzen die Personalpolitik des Reichskommissars in Preußen allgemein betrieben wird, nach welchen Gesichtspunkten im einzelnen er Beförderungen, Abberufungen, Beurteilungen und Versetzungen von Beamten in den einflussreichen Ruhestand sowie Beförderungen und Ernennungen durchführt.

In einem dritten Antrag verweist die sozialdemokratische Fraktion auf den vom Untersuchungsausschuss zur Prüfung der über die preussische Polizei gemachten Beschwerden gefassten Beschlusses, daß die äußerlich erkennbare Verantwortung für die verfassungswidrige erfolgte Durchführung von Klagen des Reichstags und von Schranken der Abgeordneten der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat v. Werdner, trage. Der gleiche Beamte, dessen Handeln Reichskommissar und Landtag gleichermaßen als verfassungswidrig ansahen, sei wenige Wochen nach dieser Amtshandlung zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt worden. Die Fraktion verlangt vom Landtag folgende Festsetzung:

„Die Voraussetzung zur Erhaltung von Sicherheit und Ordnung, zu deren angeblich notwendiger Wiederherstellung der Reichskommissar eingesetzt worden ist, ist die Achtung vor der Verfassung und ihre sorgfältige Beachtung. Die Beförderung eines Beamten, der verfassungswidrig gehandelt hat, und seine Betrauung mit der Leitung eines hohen Amtes widerspricht aufs schärfste dem Auftrag, zu dessen Durchführung der Reichskommissar vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt worden ist.“

Durch den Rundfunk haben die republikanischen preussischen Ministerialbeamten gestern abend zuerst erfahren, daß sie „in den einflussreichen Ruhestand“ versetzt sind. Man hat mit der Benachrichtigung des Publitums nicht gewartet, bis die Betroffenen selbst informiert seien. Die „autoritäre Staatsführung“ will zeigen, daß sie schnell arbeiten kann, wenigstens als — Rauschmeister!

Die Junk — nageleue Entlassenenliste gibt besonders nach der Unterredung, die Papen gestern mit Otto Braun über die „logale Durchführung des Staatsgerichtsurteils hätte, zu mancherlei Betrachtungen Anlaß. Es muß deutlich die absichtliche Zerschlagung aller an Republik gemahnenden Einrichtungen des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gekennzeichnet werden. Wenn in diesem Ministerium flossen der Abbau der „Autoritäten“ u. a. zum Opfer:

Ministerialdirektor Jahnke, der Staatspartei nahestehend, der seit dem Ministerium Hänselisch am Ausbau des höheren Schulwesens beteiligt war;

Ministerialrat Dr. Gaede (Sozialdemokrat), der Professorenreferent war und die Angelegenheiten des Studienreferats betreute;

Ministerialrat Decker (Sozialdemokrat), der auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Volksbibliotheken und dergl.) Hervorragendes leistete;

Ministerialrat Prof. K. Woldt (Sozialdemokrat), der der Universitätsabteilung angehörte, dort vor allem die wissenschaftliche Fortbildung der Arbeiter, Angestellten und Beamten betreute — zu seinem Referat gehört auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt — und die Tarifangelegenheiten der Arbeiter und Angestellten im Universitätsbereich zu bearbeiten hatte;

Die Ministerialräte Kestenberg und Seelig — beides Sozialdemokraten —, die seit Jahren die Kunstabteilung leiteten.

Der Abbau aller dieser leitenden Ministerialbeamten bedeutet mehr als nur ein Wechsel der Personen, er bedeutet das völlige Zerschlagen eines bildungsfreundlichen Systems! Nach Meinung des früheren deutschnationalen Abgeordneten und jetzigen Reichskommissars für preussische Bildungsan-

gelegheiten — dessen Tätigkeit „zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung“ so notwendig ist, daß er mit Hilfe des Art. 48 verordnet werden mußte! — nach Meinung dieses Herrn Köhler sind Volksbildungsstätten, wie Volkshochschulen, Volkshochschulen, Fortbildung für Arbeiter, Angestellte und Beamte einfach nicht notwendig. Deshalb werden sie ebenso erledigt wie die Kunstabteilung, aus der die letzten Fachleute entfernt und nur Verwaltungsjuristen übrig gelassen werden.

Dieser „Bereinschungsakt“ richtet sich, auch in den anderen Ministerien, so offensichtlich gegen die republikanische Tendenz der Gemäßigten, das Herr Köhler offen zugehend, die gegenwärtige kommissarische „Autorität“ wüchse nicht Bindungen“, wie sie Sozialdemokraten zu haben pflegen.

Nach den „logalen“ Besprechungen Papens mit Braun folgte die brutale Zerschlagung aller Bindungen der preussischen Ministerien an die Kulturwelt der Arbeiterbewegung!

Das soll festgehalten werden!

Zuchthaus für Reichenbach

Sühne für den Nazimordversuch an einem SPD.-Redakteur

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 11. November.

Im Reichenbacher Mordversuch wurde am Freitag gegen 19 Uhr das mit großer Spannung erwartete Urteil gefällt. Es wurden verurteilt der Angeklagte Polowski wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes und wegen versuchten Mordes zu einem Jahr Zuchthaus und der Angeklagte Wagner wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 und wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes, wegen versuchten Mordes sowie wegen Vergehens gegen § 1 der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu fünf Jahren einer Woche Zuchthaus. Ferner wurden verurteilt der Angeklagte Helms wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis und die Angeklagten Fahn, Staats- und Hauser ebenfalls wegen Begünstigung zu je vier Monaten Gefängnis. Wegen des Angeklagten Wolter erkannte das Sondergericht auf Freispruch.

Helms bekam nach seiner Verurteilung wieder einen seiner bekannten Tobfuchtsankfälle. Er schrie in den Saal, er sei Mitglied des Ausschusses für Volksrechte und

protestierte gegen dieses Urteil, das null und nichtig sei. Der Staatsanwalt erhob sofort gegen das unerhörte Auftreten des hysterischen Naziterroristen Einspruch und beantragte eine weitere Haftstrafe gegen Helms wegen Ungebühr vor Gericht.

Hohe Zuchthausstrafen gegen Kommunisten

Bremen, 11. November.

Im Bremer Sprengstoffprozess wurden verurteilt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz der Angeklagte Föhrer zu einer Gesamtzuchthausstrafe von acht Jahren, der Angeklagte Friedrichsen zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Hamann zu einer Gesamtzuchthausstrafe von fünf Jahren sechs Monaten, der Angeklagte Köster zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Gmolarczyk zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr, der Angeklagte Helms zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Bei den Verurteilten handelt es sich um Kommunisten, die am 10. Juli 1932 in der Nähe von Bremen mit Bomben angetroffen wurden, die sie auf vorbeikommende Nationalsozialisten werfen wollten. Durch eine der Bomben wurde ein Polizeibeamter getötet.

Die Heze gegen Brolat

Was ist mit dem angeblichen Meineidsverfahren

Die Hugenbergsche Telegraphen-Union hatte unmittelbar nach der Mitteilung, daß das Verfahren wegen Begünstigung gegen den Genossen Brolat eingestellt sei, gemeldet, daß gegen Brolat noch ein Ermittlungsverfahren wegen Meineids schwebt. Mit dieser Mitteilung sollte offensichtlich die Rehabilitierung Brolats verankert werden. Ueber dies angebliche Ermittlungsverfahren wegen Meineids formten weder Brolat noch sein Rechtsbeistand an amtlicher Stelle etwas feststellbar. Der Justizpressestelle war von einem Meineidsverfahren nichts bekannt, sie teilte in bezug auf die Meldung der Telegraphen-Union mit, daß ein Ermittlungsverfahren „in dieser Form“ jedenfalls nicht eingeleitet sei.

Brolats Rechtsbeistand Dr. Kübel teilte dazu mit:

„Bei den häufigen Besprechungen, die ich im Laufe der letzten Monate mit den bearbeitenden Herren der Staatsanwaltschaft I geführt habe und die, wie ich gern anerkenne, nur rein sachlichen Charakter hatten und mit aller Offenheit geführt werden, ist niemals auch nur eine Andeutungswort über die Sache gewesen, daß in irgendeinem Punkt der Verdacht des Meineids bestünde. Die Diskussion hat sich vielmehr in letzter Zeit nur um den einen Punkt gedreht, ob in der Tatsache, daß Brolat den Direktoren der Stadtbank und anderen Personen geraten hat, ihre Kleiderrechnungen bei der Firma Keller u. Furch zu begleichen, etwa eine Begünstigung, nicht der Klare, sondern der Stadtbankdirektoren, etwiler werden könnte. Ich habe hierbei stets den Standpunkt vertreten, daß ganz unabhängig von dem tatsächlichen Gang der Dinge schon aus rechtlichen Gesichtspunkten gar nicht eine strafbare Begünstigung begangen werden könne.“

Diesem Standpunkt hat sich nach eingehender Prüfung die Staatsanwaltschaft angeschlossen und mir nach eingehender sachlicher Prüfung schließlich erklärt, daß man zu dem Ergebnis gekommen sei, das Verfahren gegen Brolat aus rechtlichen Erwägungen einzustellen. Es ist auch hierbei mit keinem Wort angedeutet, daß sich die Einstellung nur auf einen Teil des Verfahrens gegen Brolat bezieht, sondern lediglich einschränkend hinzugefügt, daß die Begründung des Beschlusses noch abgeseht werde.“

Ganz offensichtlich werden neue Verdächtigungen gegen den Genossen Brolat in die Welt gesetzt, die Brolats Rehabilitierung verfrachten sollen. Von einer bisher unbekanntem Stelle wird der Versuch gemacht, die niederträchtige Heze gegen den Genossen Brolat weiter fortzuführen und mit nicht beweisbaren Behauptungen neu zu beleben. Warum kommen die Hezer nicht herbei mit einer klaren Aufklärung? Die Methode der Verleumdung ist in ihrer ganzen Abscheulichkeit durchsichtig genug!

Kontordat in Baden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Kaisruhe, 11. November.

Die badische Regierung hat am Freitag den Text des Kontordats veröffentlicht, das sie mit der katholischen Kurie in Rom abgeschlossen hat und das nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt wird. Das Kontordat enthält 12 Artikel, in denen insbesondere Organisationsfragen der katholischen Kirche geregelt und festgelegt werden. An den zur Zeit des Vertragsabschlusses in Baden geltenden Rechtszuständen wird durch den Vertrag nichts geändert.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat beschlossen, sich bei der Beschlussfassung über das

Kontordat der Stimme zu enthalten. Die Fraktion begründet ihre Haltung in folgender Erklärung: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Freitag, dem 11. November, zur Frage der demnächst dem Landtag vorgelegten Kontordats Stellung genommen. Da mit der evangelischen Kirche die Verhandlungen noch schweben, lag der Beratung lediglich der Entwurf mit der katholischen Kirche zugrunde. Nach eingehender sachlich geführter Beratung wurde von der Landtagsfraktion einstimmig anerkannt, daß auch jetzt noch der am 24. Oktober gefasste Beschluß des Parteausschusses zusammen mit der Landtagsfraktion für sie bindend ist. Dieser Beschluß ging dahin, daß die Landtagsfraktion dem Kontordat die Zustimmung verweigern soll. Ausdrückliche Ablehnung war also nicht verlangt worden. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Inhalt des Kontordats die Staatsinteressen berücksichtigt, so war doch die Fraktion verpflichtet, den genannten Beschluß einzuhalten. Seit die Sozialdemokratische Partei maßgebend an der Regierung beteiligt ist, hat sie gegenüber Kurierfragen einen neutralen Standpunkt eingenommen. Sie glaubt gegenüber dem vorliegenden Kontordat die bisher eingenommene Haltung beibehalten zu sollen und hat deshalb beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Kontordat der Stimme zu enthalten.“

Erfolgreiche Judenheze

Erfolg der Breslauer Radaustudenten

Die Breslauer antisemitischen Studenten, die am Donnerstag die Vorlesungen des ordentlichen Professors Dr. Cohn gestört hatten, haben am Freitag eine Entschlebung gefordert, in der sie die kommissarische Preußenregierung auffordern, Cohn abzusetzen. Der sogenannte „Waffenring“ erklärt, daß er die Radaudemonstrationen gegen Prof. Cohn fortsetzen werde.

Der Rektor der Breslauer Universität hat unter diesem Druck am Freitag die Vorlesungen von Prof. Cohn eingestellt!

Die antisemitischen Radaustudenten beschreiben die kommissarische preussische Regierung mit ihrem ganz besonderten Vertrauen und hoffen auf Unterstützung ihrer antisemitischen Radaubewegung!

Zeitungsverbot aufgehoben

Wildes mißglücktes Debut

Der Nazigeheißführer und zum Staatskommissar von Birkenfeld neuernannte Herbert Wild hatte unter Parteiflagge in Oberstein, den „Mabetal-Woten“ gemäß § 6 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1933 auf die Dauer von 14 Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung seiner eigenen Person verboten.

Auf die durch den Rechtsanwalt Dr. Neumann-Berlin eingeleitete Beschwerde hat nunmehr das Reichsgericht das Verbot als unbegründet aufgehoben.

Die Nachricht, daß der verantwortliche Redakteur und der Verleger unserer Parteizeitung „Mabetal-Wote“ vom Amtsgericht wegen Verbreitung der verbotenen Zeitung zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind, ist unrichtig. Der verantwortliche Schriftleiter, Genosse Jüdenbach, ist vielmehr freigesprochen worden. Das Urteil gegen den Geschäftsführer unserer Parteiverlagsgesellschaft erging erst in etwa vier bis fünf Tagen. Es ist anzunehmen, daß auch er freigesprochen werden wird.

Schullektion in Kahl. Das anhaltische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, durch die das gleich nach der Restitution für die anhaltischen Schulen eingeführte System der kollegialen Schulleitung beseitigt und das frühere System der Schulleitung und Rektoren wieder hergestellt wird.

Nazis wollten im Juli putschen

Neue Enthüllungen im Altonaer Prozeß

Hamburg, 11. November.

In dem Prozeß gegen die 40 SS-Deute aus Schleswig-Holstein vor dem Altonaer Sondergericht werden durch die Zeugenaussagen die Vorgänge in der Nacht zum 1. August 1932, in der auf Anordnung des Stabschefs und Reichstagsabgeordneten Moder an zehn Orten der Provinz Handgranatenschläge verübt wurden, immer klarer. Aber auch die politischen Motive der Tat erfahren eine gründliche Klärung. So wurde am Freitag von verschiedenen Zeugen bestätigt, daß den SS-Deuten sowohl von dem Stabschef Moder als auch von den einzelnen Unterführern bei verschiedenen Besprechungen versichert wurde, daß durch die Ausführung der Attentate, die in ganz Deutschland vorbereitet wurden, politische Unruhen hervorgerufen werden sollten. Bei diesen Unruhen sollte dann die Reichswehr zusammen mit der SS und SA eingeleitet werden. Auf diesem Wege wollte die NSDAP zur Macht gelangen. In allen Besprechungen wurden die SS-Deute aber auch darauf hingewiesen, daß General Schleicher für diesen Plan gewonnen sei und das Vorhaben bestimmt klappen würde.

Von allergrößtem Interesse war die Vernehmung des Schiffreeders Lohje aus Rendsburg, der bis zum 15. August 1932 der Führer des SS-Sturmabannes 11/4 war. Lohje soll bei den Vorbesprechungen über die Attentate und auch seine SS-Deute vor jeder Ungeheuerlichkeit gewarnt haben. Tatsächlich kamen in seinem Bezirk keine Handgranatenschläge zur Ausführung. Lohje wurde seines Amtes enthoben. Bei den beschlagnahmten Akten befand sich ein Sonderbefehl der IV. SS-Standarte vom 15. August 1932, der von dem Führer und Reichstagsabgeordneten Moder unterzeichnet ist. Darin wird mitgeteilt, daß Lohje seiner Dienststellung enthoben und gleichzeitig aus der Liste der SS gestrichen sei. In dem Befehl wird weiter angeordnet, daß dem ehemaligen SS-Sturmführer Lohje keine Mitteilungen mehr zu machen sind und daß darüber hinaus jeder private Verkehr mit ihm abzuwehren sei. Die Stürme des Sturmabannes 11/4 wurden der Standarte direkt unterstellt.

In der Vernehmung, die zunächst unbeeidigt erfolgt, weigert sich Lohje, die Gründe für seine Dienstenthebung anzugeben, wie er auch bekräftigt, an den Führerbesprechungen teilgenommen zu haben. Der Angeklagte Moder gibt dem Gericht die Erklärung ab, daß die Maßnahmen gegen Lohje nur aus „harmlosen organisatorischen Gründen“ erfolgt seien.

Der als Zeuge vernommene Chauffeur des Stabschefs Moder weigert sich, irgendwelche Auskunft auf die Fragen des Vorsitzenden zu geben. Der Kriminalreferent Christianen-Rendsburg sagt aus, daß er auf Grund der Angaben des angeklagten SS-Mannes zwischen einige Tage nach den Handgranatenschlägen in dem Garten des SS-Postals Schützenhof in Rendsburg noch weitere neun Stielhandgranaten, drei Pistolen, 8.8. Wälder- und Mauserpistolen und einen größeren Vorrat von Munition gefunden habe, die dort vergraben waren.

Anschließend wird der Zeuge Thomsen vernommen, der sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat, um als ehemaliges Mitglied der Altonaer SS, der er bis vor wenigen Wochen angehörte, Auskünfte über die Handgranatententate zu machen.

Ehe dieser Zeuge im Saal erschien, machte der Vorsitzende die Angeklagten darauf aufmerksam, daß bei den geringsten Störungen während der Vernehmung von Thomsen sofort polizeiliche Maßnahmen ergriffen würden. Weiter ordnete er an, daß während der Vernehmung zu beiden Seiten des Zeugenstuhls sich Polizeibeamte postierten, um eventuelle Ausschreitungen der angeklagten SS-Deute gegen ihren früheren Kameraden zu verhindern.

Diese Maßnahme wird aber wieder rückgängig gemacht, als der Nazioberleiter Freiler und der Stabschef Moder für eine reibungslose Durchführung der Verhandlung die Garantie übernehmen. Der Zeuge Thomsen teilt zunächst das Gericht, etwas über die Motive seiner Aussagen, die er aus genauer Kenntnis der Dinge machen zu dürfen. Er führte aus: Von 1921 bis 1926 gehörte ich zum Freikorps Rohrbach und kam dann zur NSDAP und zur SS. Hier erlebte ich aber gleich zu Anfang Enttäuschungen über Enttäuschungen. Die Arbeiter wurden immer nur als Stimmvieh behandelt, und Stabschef Moder erklärte

selbst einmal: die Handarbeiter sind nicht fähig zum Führen. Sie müssen nur gehorchen. Die SS- und die SA-Deute mußten immer die Kassen aus dem Feuer holen und sich die Knochen kaputt schlagen lassen, während die Führer sich im Hintergrund wählten. (An dieser Stelle unterbricht der nationalsozialistische Verteidiger den Zeugen und macht das Gericht darauf aufmerksam, daß diese Dinge nicht zur Verhandlung standen.) Das Gericht bittet den Zeugen aber, fortzufahren.

Er weist dann weiter darauf hin, daß in der ganzen nationalsozialistischen Bewegung eine Bonzenwirtschaft allerschlimmster Art herrsche, die nicht mehr zu heilen sei. Er selbst habe mit zahlreichen Beschwerden über Mißstände gar nichts erreicht. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, restlos die Wahrheit zu sagen. Inzwischen sei er auch aus der SS ausgeschlossen worden. Einer anderen politischen Partei gehöre er nicht an. Er wolle von der Politik nichts mehr wissen.

In seinen sachlichen Angaben berichtet der Zeuge über die Vorbereitungen für das Attentat auf ein kommunistisches Parteibüro in Altona und über das nicht zur Ausführung gekommene Attentat auf das Altonaer Gewerkschaftshaus. Er nennt die Täter, die ihm selbst nach der Tat von dem Verlaufe des Handgranatenschlages erzählt hätten, und berichtet weiter, daß ihm der SS-Mann Clausen erzählt habe, daß er von dem Stabschef Moder den Auftrag bekommen habe, einen SPD- und einen KPD-Führer zu erschlagen.

Nach diesen Bekundungen, die im Gerichtssaal mit allergrößter Aufmerksamkeit aufgenommen wurden, schloß die Freitagsverhandlung ab. Am Sonnabend wird mit der Vernehmung der von der Staatsanwaltschaft geladenen weiteren Zeugen fortgefahren.

Der Bullerjahn-Prozeß

Zeugenvernehmungen in Leipzig

Im Bullerjahn-Prozeß wird in der Nachmittagsstunde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Sie ging wie bisher in die kleinsten Einzelheiten hinein, ohne daß daraus ersichtlich wird, warum Bullerjahn verdächtigt und verurteilt worden ist. Es wurde zunächst Direktor Gebauer vernommen. Es ergaben sich dabei Unstimmigkeiten gegenüber seinen 1925 vor dem Reichsgericht abgegebenen Aussagen. Gebauer kann sich an vieles nicht mehr erinnern, abgesehen ihm Bullerjahn erzählt, daß auf Gebauers Anordnung im Sommer 1924 einige tausend Gewehrläufe umgeräumt wurden. Ein anderer Zeuge, der Lagerarbeiter Ruchmeyer, bestätigt, daß beim Transport von Gewehrmaterial, der sich mehrere Monate hinzog, jeder, der am dem offenen Karren vorbei kam, die Gewehrteile sehen konnte.

Anschließend wird der Kriminalassistent Vitellok vernommen, der am 23. Dezember 1924 die Beobachtung des französischen Leutnants Jost übernahm, um festzustellen, ob er sich mit Angehörigen der Berlin-Karlshagen-Industriewerke traf. Der Zeuge hatte den Ueberwachungsbeamten Schmidt mitgenommen, der die Deute des Wertes kannte. Die Beobachtungen verliefen aber ergebnislos. Leutnant Jost traf sich nach den Feststellungen des Zeugen in einem Café am Potsdamer Platz jeweils mit weiblichen Personen, oft vier bis fünf am Tage. Nur einmal traf er sich mit einem Berliner, der von ihm, dem Zeugen, auch festgesetzt werden konnte.

Eine Frage des Vorsitzenden, ob ermittelt

Der Sieg der „Nassen“



Wie die deutsche Alkoholindustrie eine Ankurbelung erhofft.

worden sei, daß Leutnant Jost Spionage trieb, verneint der Zeuge und bekundet dann weiter: Die Beobachtungen wurden fortgesetzt. Als dann Spallek Bullerjahn am 7. Januar am Hofweg beobachtet hatte, verhaftete ich am 15. Januar auf Grund meiner eigenen Beobachtungen und der mir von den übrigen Ueberwachungsleuten mitgeteilten Beobachtungen einen Bericht an die Abteilung I A des Polizeipräsidenten, in dem der Verdacht gegen Bullerjahn als genügend begründet bezeichnet wurde.

Vorl.: Weshalb wurde der Bericht erst am 15. Januar verfaßt?

Zeuge: Weil die Beobachtungen auch nach dem 7. Januar noch fortgesetzt wurden. Es wurde allerdings nichts mehr festgestellt.

Später war der Zeuge in dieser Sache nicht mehr tätig. Auf Befragen erklärt er, davon, daß Bullerjahn sich am 23. Dezember angeblich den Verratsfond von Leutnant Jost geholt habe, nichts zu wissen. Darauf hingewiesen, daß nach dem Bericht vom 15. Januar dies von einer unbekannteren Vertrauensperson bekundet worden sei, erklärt der Zeuge: Wenn ich das damals geschrieben habe, dann stimmt es auch heute kann ich mich nicht mehr erinnern. Wahrscheinlich hat mir Pagenstecher davon erzählt.

Spargelder für Nazis

Sparkassengelder

für „Völkischen Beobachter“

Wir erhalten folgende Berichtigung:

„Unter dieser Ueberschrift hat der „Vorwärts“ am 30. Oktober 1932 einen Artikel über die Stadt Sparkasse Coburg veröffentlicht, der unwahre Behauptungen enthält:

Wahr ist, daß im Jahre 1930 das Münchener Buchgewerbehaus Müller u. Sohn von der Stadt Sparkasse Coburg ein Darlehen erhalten hat. Zu der damaligen Zeit stand an der Spitze der Stadt Coburg Herr I. Bürgermeister Unverfähr, während der heutige Herr I. Bürgermeister Schwede damals nicht einmal dem Verwaltungsausschuß der Stadt Sparkasse Coburg angehörte und daher auch nicht den geringsten Einfluß auf die Geschäftsführung der Stadt Sparkasse ausüben konnte. Es ist nicht wahr, daß dieses hypothekarische

Darlehen im Vergleich zu den Mitteln und dem Einlagenstand der Stadt Sparkasse Coburg außerordentlich hoch gewesen sei. Wahr ist vielmehr, daß die Beleihung in vollständig einwandfreier, den Satzungen der Sparkasse entsprechenden Form, in einer Zeit erfolgt ist, in der die Sparkasse über Millionenbeträge flüssiger Mittel verfügt hat. Die Größe des Darlehens stand daher durchaus im Verhältnis zu den Mitteln und dem Einlagenstand der Stadt Sparkasse Coburg.

Es ist unklar, daß die Stadt Sparkasse Coburg andererseits Coburger Firmen Kredite verleiht hätte, so daß diese schließen und ihre Arbeiter hätten entlassen müssen.

Stadt Sparkasse Coburg: gez. Eibl, Schmidt. Soweit die Berichtigung, auf die wir zurückkommen werden.

Staaten zahlen nicht

Ausfälle in Washington

Am 15. Dezember sind erhebliche Ratenzahlungen auf Darlehen fällig, die USA. im Kriege an seine Alliierten, nach dem Kriege auch an besiegte Staaten gegeben hat. Die größte dieser Raten ist die britische. Aber es verläuft, daß die gestern in Washington überreichte Rate aus London nur die Bestätigung des bereits vereinbarten Zahlungsaufschubs dieser Rate enthält.

Wenn sogar England nicht mehr zahlt, wird sich kaum jemand wundern, daß der Schatzreferat in Washington das Ausbleiben der fälligen griechischen Zahlung von 444 920 Dollar beklagt. Griechenland scheint nicht einmal eine Benachrichtigung für nötig erachtet zu haben, denn Schatzreferat Ogden Mills teilt gleichzeitig mit, dies sei der erste Fall, daß ein Land mit der Rückzahlung der Kriegsschulden in Verzug gerate.

Ungarn hat nach Washington wenigstens mitgeteilt, daß wegen Devisenmangel die am 15. Dezember fälligen 40 725 Dollar nicht kommen werden.

Paul Löbe in Wien. Auf dem am Sonntag beginnenden Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe vertreten sein.

Beglaubigte Rundfunkreaktion

Die neuen Programmrichtlinien

Die Richtlinien der Regierung von Papen für die Gestaltung der Rundfunkprogramme werden jetzt bekannt. Sie sind das Dokument einer hundertprozentigen Kulturreaktion. „Das deutsche Volk“, heißt es darin, „ist ein christliches Volk. Der deutsche Rundfunk wahr deshalb christliche Gesinnung und Gesittung... Er hat... das staatliche Denken und Wollen der Hörer zu formen und zu stärken. Die vortrefflichen Leistungen aus der Geschichte des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches überlieferten Güter sind in der Arbeit des deutschen Rundfunks zu achten und zu mehren. Seine Leiter und Mitarbeiter bejahen dieses geschichtliche Erbe. Wer die verantwortungsvollen Bindungen an Volk und Staat nicht anerkennt, hat seinen Platz im deutschen Rundfunk.“

In einem weiteren Teil heißt es: „Die verantwortliche Teilnahme an der Politik als der Sorge für das Gesamtwohl des Volkes setzt das Wissen um unsere große und besondere Geschichte voraus. Darum soll der Rundfunk die Hörer über das Werden des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches unterrichten und das

Gefühl für deutsche Art stärken... Die erregenden Fragen der Zeit werden so behandelt, daß das Wohl des Ganzen gewahrt bleibt... Was in der Familie als anstößig empfunden wird, ist zu vermeiden. Was das Christentum entwürdigt und die Sitten und Kultur des deutschen Volkes auflöst, ist vom Rundfunk ausgeschlossen.“

So weit die Richtlinien. Ihre reaktionäre gegen freiheitliche, demokratische und sozialistische Denkart gerichtete Tendenz liegt auf der Hand. Aus ihnen spricht der Geist eines bewußten, unzulässigen, hyperkonformistischen Nationalismus mit monarchistisch-feudalen Traditionen. Sie legen noch einmal schriftlich fest, was unter dem Rundfunkkommissar Scholz im Rundfunk üblich geworden ist.

Es bleibt die Frage, wie sich diese Rundfunkrichtlinien nach der neuen Kompetenzverteilung zwischen dem Reichskommissar und den Staatskommissaren der einzelnen Länder auswirken werden. Die Verhandlungen zwischen Reich und Ländern, die vor dem Abschluß zu stehen scheinen, haben zwar von den diktatorischen Machtansprüchen des Reichskommissars Scholz manchen Abstrich getan, so daß unter Umständen je nach der Kräfteverteilung in den einzelnen Ländern eine gewisse vernünftige Auslegung der Richtlinien Programm haben könnte, als Ganzes genommen sind sie jedoch unbefriedigend. Nach den neuen Vereinbarungen wird das Reich nicht mehr das Recht zur Ernennung der Staatskommissare haben, sondern die Länder ernennen die Kommissare im Einvernehmen mit dem Reich. Die Ernennung der leitenden Persönlichkeiten bei den einzelnen Sendern geschieht durch die Gesellschafterversammlung nach vorheriger Stellungnahme des Reichskommissars, wobei zu beachten bleibt, daß die Reichsrundfunkgesellschaft bei jedem Sender mit 51 Proz beteiligt ist. In den künstlerischen und politischen Programmangelegenheiten haben Reich und Länder ein wechselseitiges Vetorecht. In Zweifelsfällen muß die umstrittene Darstellung unterbleiben.

Kein Zweifel, daß diese Neuordnung, wenn sie wie ausgezeichnete Lasten werden sollte, zu den heftigsten Reibungen führen muß. Die Regierung der Freiberren will es offenbar auf Nachstämpfe ankommen lassen.

„Idomeneo“

Erstaufführung in der Lindenoper

Mozarts Jugendwerk ist leider auch durch Wackersteins dramatische Straßung und teigliche Neufassung, ist auch durch Richard Straußens musikalische Bearbeitung nicht zu retten. Eine Bearbeitung übrigens, die den Organismus der opera seria zerstört, ohne etwas einleuchtend Neues an seine Stelle zu setzen. Tragwürdlige Inszenierung durch Hörth, matte musikalische Interpretation (hier ist Weg ausgekommen) durch die Lindenoper, von der wesentlich mehr erwartet werden durfte. A. W.

Unsere Kulturaufgaben

Arbeiterbewegung und Nation

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bringt soeben in einer kleinen, handlichen Broschüre (22 Seiten, Preis 40 Pf., Organisationspreis 30 Pf.) die Rede heraus, die Genosse Leipart in der Bundeschule des ADGB in Bernau am 14. Oktober gehalten hat. Der Titel lautet: „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften.“ Ueber diese Rede sind allerlei Gerüchte und Behauptungen in Umlauf gesetzt worden. Sie bedeutet angeblich eine Schwenkung der Gewerkschaften zum Nationalismus. Wir veröffentlichen deshalb hiermit gerade den Teil der Rede, der sich mit der Stellung zur Nation auseinandersetzt.

Heimat und Nation.

Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen. Jede einzelne Geschichte unserer Verbände, die von den Vorständen bisher herausgegeben wurde, ist gleichzeitig eine Geschichte der betreffenden Gewerbebranche, die mit all der Liebe geschrieben ist, die man dem Werden unseres Volkes entgegenbringt. Ich denke hierbei an die Werke von Hermann Müller, August Brinmann, Otto

Hue, Alexander Knoll u. a., auch an die Geschichte des Handwerks von Rudolf Wissell.

Wir wissen in diesem Zusammenhang auch die Kräfte der Tradition zu schätzen, ohne die eine Bewegung steuerlos hin und her treibt. Wir sind stolz auf diese unsere Geschichte.

In ihr haben Männer gewirkt, die ihr Bestes für die Freiheit der Arbeiterklasse hingegeben haben.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkriege bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Es ist eine Arbeit gewesen, die sich aber auch an uns gelohnt hat. Wir sind durch eine harte Schule gegangen. Wir bereuen es nicht, weil wir wissen, daß

nur die Schicht am Ende sich durchzieht, die auch die stärksten geistigen und sittlichen Kräfte in sich trägt.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche männlichen Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf.

Wir haben alles unterzogen, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte.

Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird.

Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Leben ab, das wir in uns tragen.

Wir brauchen freie Entfaltung unserer Kräfte auf dem Boden der Demokratie. Mit unserer Gesellschaftsauffassung verträglich sich sehr wohl die Forderung nach Zusammenarbeit, nach Ordnung und Disziplin. Wer unsere Bildungsstätten und unsere Bewegung kennt, der weiß, welche Opfer wir von jedem einzelnen unter uns im Interesse des Ganzen fordern.

Kampf dem Lohnabbau 5000 Metallarbeiter gekündigt

Wehlar, 11. November.

In der Metallindustrie des Lahngaus und Oberhessens droht ein schwerer Arbeitskonflikt. Der Schlichter hat einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohn von 60 Pfennig in der Stunde vorsah. Der Schiedsspruch bedeutet eine erhebliche Herabsetzung der Löhne und wurde von den Arbeitern abgelehnt, von den Unternehmern angenommen. Die am Mittwoch vor dem stellvertretenden Landesschlichter geführten Nachverhandlungen sind ergebnislos abgedrohen worden. Infolgedessen ist den gesamten Belegschaften auf den Werken der Metallindustrie (Buderusche Eisenwerke in Wehlar, Stahlwerke Röchling-Buderus in Wehlar, Karlsruher in Staffel bei Limburg, Main-Weser-Hütte in Dollar, Buderusche Eisenwerke in Hirzenhain) zum 15. November gekündigt worden. Eine gestern in Wehlar tagende Versammlung der Metallarbeiter brachte zum Ausdruck, daß man trotzdem auf der ablehnenden Haltung zu dem Schiedsspruch beharren müsse. Infolgedessen wird am 16. November in sämtlichen genannten Werken die Arbeit niedergelegt. In Frage kommen etwa 5000 Metallarbeiter.

Der Schuhkonflikt

Verhandlungen am 18. November

Im Tarifstreit der Schuhindustrie sind vom Reichsarbeitsministerium Verhandlungen am Freitag, den 18. November, anberaumt worden. Als Sonderlichter wurde Regierungsdirektor Friedländer-Stettin bestimmt.

Schon Ende Oktober fanden im Tarifstreit der Schuhindustrie Verhandlungen statt. Sie scheiterten an der Haltung der Unternehmer. Beim Abbruch der Verhandlungen erklärten die Unternehmer, daß sie das Reichsarbeitsministerium anrufen werden.

Die Schuhfabrikarbeiter haben in den letzten Wochen gegen die Durchführung der Rotverordnung vom 5. September energisch Widerstand geleistet. In vielen Fällen kam es zu Arbeitsniederlegungen. Die auf Grund der Rotverordnung unternommenen Lohnsenkungsversuche wurden nahezu restlos zurückgewiesen. Hoffentlich hat dieser Widerstand den Unternehmern gezeigt, daß gegen jede Verschlechterung des Reichsstarifvertrages die Arbeiterkraft zusammenstehen wird. Jedenfalls sind vom Zentralverband der Schuhmacher hierfür alle notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

Eine von 2500

Wie die BVG. entläßt

Unter denen, die nach der Aufforderung der Direktion der BVG, die Arbeit wieder aufzunehmen, an der Arbeitsstelle nicht erschienen waren, befand sich auch eine Reinmachefrau. Sie erhielt gleich allen anderen, die nicht zur Arbeit gekommen waren, ihre Entlassung.

Die Frau reichte beim Arbeitsgericht eine Einspruchsfrage ein und berief sich darauf, daß von

Arbeitsverweigerung bei ihr keine Rede sein könne, denn sie habe sich zur fraglichen Zeit in Urlaub befunden, der auch bei der angeordneten Arbeitsaufnahme noch andauerte.

Am Richterlich erregte es allgemeine Verwunderung, daß die Klägerin unter diesen Umständen entlassen worden ist. Die Verwunderung steigerte sich bei allen Zuhörern der Verhandlung zur Mißbilligung, als der Vertreter der BVG zugab, daß die Angabe der Klägerin richtig sei.

Da der Termin aus einem formellen Grunde vertagt werden mußte, rief der Richter dem Vertreter der BVG, die Klägerin weiterzubeschäftigen.

Merkwürdigerweise machte der Vertreter keine

bestimmte Zusage. Warum nicht? Reicht seine Vollmacht nicht so weit, daß er die Direktion zur Wiedergutmachung eines offensichtlichen Unrechtes verpflichten konnte? Er mußte doch, daß die Klägerin sich zur Zeit der Arbeitsaufnahme in Urlaub befand. Es wäre doch klüger gewesen, wenn es die Direktion nicht erst zur Klage hätte kommen lassen.

Erneuerer

In der sächsischen Bergstadt Freiberg hatte der Magistrat, als der Zentralverband der Angestellten vor einigen Wochen sein

Die Schlichtungsmaschine

Eine dunkle aber aufschlußreiche Statistik

Die letzte Ausgabe des „Reichsarbeitsblattes“ enthält den Tätigkeitsbericht der Schlichtungsbehörden für 1931, der diesmal insofern sehr interessant ist, als er zahlenmäßig darüber Aufschluß gibt, wie stark sich die staatlichen Schlichtungsinstanzen durch ihre Unterstützung des allgemeinen Lohnabbausfeldzuges an der Bernichtung der Rassenaufricht beteiligen haben.

Gegenüber 1930 ist im Berichtsjahr die Zahl der Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen von 3760 auf 6330 gestiegen, die Zahl der Verfahren vor den ständigen Schlichtern von 218 auf 457 und die der Verfahren vor besonderen Schlichtern des Reichsarbeitsministeriums von 39 auf 111. Die Zahl der Verfahren vor den ständigen Schlichtern hat sich demnach gegen das Jahr 1930 mehr als verdoppelt und die Zahl der Schlichtungsverfahren vor Sonderlichtern sogar fast verdreifacht. Wenn man in Rechnung stellt, daß vor den Sonderlichtern größtenteils die Streitigkeiten verhandelt werden, an denen Zehntausende, ja, sogar mehrere hunderttausend Arbeiter beteiligt sind, dann erkennt man,

in wie starkem Umfange das Reichsarbeitsministerium sich an der Vereitelung der Arbeiterkraft schuldig gemacht hat.

Die wachsende Abneigung der Arbeiterschaft gegen die staatlichen Schlichtungsinstanzen, die auf deren Tätigkeit zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist, kommt deutlich in dem Rückgang der Anrufungen der Schlichtungsinstanzen durch die Gewerkschaften zum Ausdruck. Von sämtlichen amtlichen Schlichtungsverfahren kamen folgende

auf Antrag der Unternehmer im Jahre 1929 nur 12,9 Prozent, im Jahre 1930 schon 20,9 Prozent und im Jahre 1931 bereits 34,6 Proz.

Die Unternehmer finden also immer mehr Gefallen an den vor wenigen Jahren noch so heftig von ihnen beföhlenen Schlichtungsbehörden. Das gleiche trifft auch für die Zahl der Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen zu, die von 19 Proz. aller im Jahre 1929 gestellten Anträge auf 27 Proz. im Jahre 1930 und 32,5 Proz. im Jahre 1931 stieg. Fast zwei Drittel aller im vorigen Jahre gestellten Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen amtlicher, nichtamtlicher und vereinbarter Schlichtungsstellen gingen von den Gewerkschaften aus. An erster Stelle standen bei sämtlichen Schlichtungsverfahren reine Lohn- oder Gehaltsstreitigkeiten, nämlich 61,5 Proz. Da aber auch in den anderen Verfahren wegen Arbeitszeitfreistellungen oder sonstiger Differenzen größtenteils Lohn- oder Gehaltsfragen mit zu entscheiden waren,

befrahen ungefähre neun Zehntel aller 1931 geführten Schlichtungsverfahren Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten.

Die Arbeiter waren an den Schlichtungsverfahren mit 81,7 Proz. beteiligt, die Angestellten mit 17,6 Proz. und beide Gruppen zugleich mit 1,3 Proz. Von sämtlichen anhängig gemachten Schlichtungsverfahren wurden 28,8 Proz. noch vor der Bildung einer Schlichtungskammer durch die sogenannten Vorverhandlungen oder auf sonstige Weise erledigt, die übrigen gelangten vor die Schlichtungskammern, die in 56,5 Proz. der Streitfälle einen Schiedsspruch fällten, in 9,5 Proz. der Fälle eine Einigung zwischen den Parteien herbeiführten und in 5,2 Proz. der Streitigkeiten einen sonstigen, nicht näher bezeichneten Beschluß verkündeten.

Angenommen wurden von diesen Schiedssprüchen durch beide Parteien nur 5,5 Proz.

gegenüber 7 Proz. im Jahre zuvor. Hinsichtlich der Ablehnung der Schiedssprüche verläuft die Arbeitnehmerkurve ganz gegenläufig zur Unternehmerkurve. Der Prozentsatz der Ablehnungen von Schiedssprüchen ist auf der Unternehmerseite von 72,9 Proz. im Jahre 1929 auf 66,7 im Jahre 1931 zurückgegangen, auf der Seite der Arbeiter jedoch im gleichen Zeitabschnitt von 19,5 Proz. auf 27,8 Proz. gestiegen. Die Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen wurden in folgender Weise erledigt: 5,5 Proz. (1930: 4,6 Proz.) der Anträge wurden zurückgezogen, über 48,9 Proz. (44,5 Proz.) wurde nicht entschieden, weil sich die Parteien geeinigt hatten, bei 28,7 Proz. (23,7 Proz.) wurde die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen und bei 19,6 Prozent (27,2 Proz.) abgelehnt. Es fehlen leider gesonderte Angaben darüber, wie die Anträge der Unternehmer und die der Gewerkschaften behandelt worden sind. Es fehlen vor allem Zahlenangaben darüber, in welchem Umfange bei Lohnabbauschiedssprüchen die Arbeiter und Angestellten betroffen wurden. Aber aus den Lohnstatistiken geht um so deutlicher hervor, wie die Schlichtungsmaschine gegen die Arbeiterkraft funktioniert hat.

welttägliches Gaujudentreffen dorthin einberief, beschloß, ein Transparent aufzustellen. Das kostete 60 Mark. Diese vornehme Geste erreichte das Reichsfall der Nazis: denn das Treffen erfreute sich eines sehr starken Besuches und verlief außerordentlich wirkungsvoll. Die Wut der Nazis ging so weit, daß sie sogar mehrere Sitzungen des Stadtparlaments, in denen wichtige Fragen der Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung entschieden werden sollten, ausfallen ließen.

Hah, vor allem kleinlicher Hah, das ist die „Größe“ dieser Herrschaften, die vorgeben, Deutschland erneuern zu wollen.

Wie anno dazumal

Die Bevorzugung der Versorgungsanwärter

Die Bevorzugung der Versorgungsanwärter bei der Anstellung hat eine neue Erweiterung erfahren. Der Prozentsatz der Versorgungsanwärter, die bei öffentlichen Behörden beschäftigt werden dürfen, ist für die unteren Gruppen, d. h. für die Hauptmasse der Anwärter von 75 auf 90 Proz. erhöht worden. Im übrigen besteht seit dem 1. Juli zugunsten der Versorgungsanwärter auch ein Vorrecht für berufliche Betätigung in der Sozialversicherung.

Für diese fortgesetzte Bevorzugung der Versorgungsanwärter ist absolut kein stichhaltiger Grund zu entdecken, am allerwenigsten bei einer Betätigung in der Sozialversicherung.

BVG.-Nachspiel

In anderer Betrachtung

Die durch den wilden Streik bei der BVG. in Mitteldeutschland gezogenen Gewerkschaftsmitglieder sind von dem Verhalten der Unorganisierten und dem der RGO- und Hitler-Leute keineswegs begeistert. Auch wir nicht. Doch gleich dem Gesamtverband und der übrigen beteiligten Gewerkschaften wandten wir uns von vornherein gegen die ungeheuerliche Maßregelung von 2500 Angestellten der BVG. und verurteilten nicht minder die Zuchthausurteile wegen einiger Steinwürfe gegen die Glaswände der BVG.

Zu unserem Eintreten für die Opfer des BVG.-Streiks wird uns von einem Arbeiter der BVG. geschrieben:

„Ich bin dafür, daß unbillige Härte vermieden wird, aber auch dafür, daß den radikalen Elementen der Standpunkt klar gemacht wird. Was wäre wohl aus uns Freigewerkschaftlern geworden, wenn die RSDAP-Zelle gesiegt hätte? Wir haben in diesen Tagen direkt Spießruten laufen müssen. Vor uns ist ausgespien worden, wir sind als Streikbrecher, Lumpen und Verbrecher beschimpft worden, weil wir gewerkschaftliche Disziplin geübt und unsere Organisation nicht im Stich gelassen haben. Und nun sollen wir für diese blinden Nachläufer der Parolenkuster wie für die fanatisierten Anhänger von Hitler und Thälmann uns noch besonders ins Zeug legen?“

Ich meine, das ist wohl etwas zuviel verlangt. Es ist schon genug, daß die Unorganisierten stets in den Genuss der von den freien Gewerkschaften errungenen Verbesserungen oder abgewehrten Verschlechterungen kommen, ohne daß sie auch nur einen Finger krümmen und uns noch als „die Dummen“ verhöhnen, die Gewerkschaftsbeiträge zahlen.“

„Mehrbefähigung“

Auf Anfrage des Reichsstatistiks des selbständigen Mittelstandes hat der Reichsarbeitsminister geantwortet, daß die Weiterbildung eines Lehrlings, der nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Handlungsgehilfe oder sonst gegen Entgelt im Betriebe weiterbeschäftigt wird, regelmäßig als Mehrbefähigung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 anzusehen ist.

Also der Lehrling hat am 1. Oktober seine Lehrzeit beendet und arbeitet weiter, wie er bisher gearbeitet hat. „Mehrbefähigung“ sagt die Regierung. Also bekommt der Unternehmer 400 Mark Prämie und das Recht, entsprechend die Löhne zu senken. Hat ein Handwerksmeister z. B. zwei Gehilfen außer dem Lehrling, so kann er dann die Löhne der beiden Gehilfen — und des Ausgelernten — für die 31. bis 40. Stunde um 50 Proz. senken. Da der Lehrling natürlich bisher auch ein entsprechendes Entgelt erhielt, kann dem Handwerksmeister unter Umständen die „Mehrbefähigung“ billiger kommen als die Einstellung eines neuen Lehrlings. Der Papen-Plan ist wirklich genial — für die Unternehmer.

Der „Vormärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Unkurierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, 8 Zugabeblätter: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 R. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezugs 3,97 R. einschließlich 60 Pf. Postsetzung- und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsabonnement 5,65 R. und 80 Pf. für Überbrückung des Postverkehrs. Anzeigenpreise: Die einpaltige Anzeigenzeile 30 Pf., Reklamazeile 1,30 R. „Reine Anzeigen“ das selbige. „Wort“ 24 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Mitteilungsblatt 25 Pf. Familienausgaben Mitteilungsblatt 18 Pf. Anzeigenannahme im Haus Nr. 4211, Unter den Eichen 17 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandemühl; Wirtschaft: G. Altinghöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Feuilleton: Herbert Kretzer; Kalligrafie und Sonstiges: Fritz Korfeldt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. Verlag: Vormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 14.

Unbekannte Goldaten der Justiz

Im Schatten der Richter und Anwälte

Unsere Rechtspflege stützt sich, was wenig oder gar nicht bekannt ist, auf einen starken Ball stiller Männer im Hintergrund, die die Berge alltäglicher Arbeit abtragen und es so den Führern ermöglichen, erleichtert sich fast ausschließlich den schwierigeren Aufgaben zu widmen. In der Vorstellung der Rechtsuchenden gibt es auf der einen Seite nur den Richter, auf der anderen nur den Anwalt. Es seien nun einmal für das Publikum die sonst verschlossenen Türen zu den Hintertüschchen geöffnet, die sich an Richter- und Anwaltszimmer anschließen.

Im Hintergrunde der Richter sitzen die Rechtspfleger. Erst im Jahre 1921 kamen sie auf die Welt. Das Reichsgericht, das sie aus dem Nichts schuf, gab den Landesjustizverwaltungen vertrauensvoll den Rahmen an, in dem sie die „Rechtspfleger“ zur Entlastung der Gerichte heranziehen dürfen. Entscheidend ist, daß sämtliche Aufgaben, die dem Rechtspfleger danach zugewiesen werden können, echte richterliche Geschäfte sind, Geschäfte also, die bis 1921 nur ein akademisch voll ausgebildeter Richter erledigen durfte. Die deutschen Länder haben sich dieser Ermächtigung in verschiedenem Maße bedient. In Preußen geht die Macht der Rechtspfleger recht weit. Sie sind es, die die jedem nur allzu bekannten Zahlungsbefehle erlassen, jene Aufforderungen, die schnell rechtskräftig und vollstreckbar werden, wenn der Betroffene nicht Widerspruch einlegt. Weit geht ihre Macht in der Zwangsvollstreckung; sie fassen die Beschlüsse über die Pfändung und Ueberweisung von Geldforderungen und Ansprüchen auf Herausgabe von Sachen. Die Pfändungsgrenze zu errechnen, die sich nach der Größe des Gehalts und der Zahl der unterstützungsberechtigten Angehörigen bemisst, ist das sozial verantwortungsvolle Amt des Rechtspflegers. Aber auch vom Gehalt abgesehen hat der Rechtspfleger die Prüfung, ob die Pfändung einer vollkommen unpfändbaren Forderung (gesetzliche Alimentenforderung, Mieterrechte, nicht rechtshängige Schmerzensgeldforderungen) oder einer nur unter gewissen Voraussetzungen und zu gewissen Teilen pfändbaren Forderung (Witwen- und Waisenpensionen, Militäreinkommen) vom Gläubiger begehrt wird, nach den verzwisten Bestimmungen der Prozeßordnung und Verordnungsgehalte selbstständig vorzunehmen. Er hat endlich die richtige Form zu wählen, in der die Pfändung auszuführen ist.

Der täglichen Erfahrung sind auch jene befristeten Einstellungen der Zwangsvollstreckung geläufig, die vorgebliche Eigentümer der in fremder Angelegenheit gepfändeten Sachen oder diejenigen beantragen, die auf Grund ihres Vermieterpfandrechts Anspruch auf vorzugswelche Befriedigung aus dem Erlös der Pfandobjekte erheben. Auch diese Einstellungsbeschlüsse, die das Leben des Gläubigers überraschend verdüstern und jenen zahllosen „Sicherheits“-Eigentümern unserer Tage ihre letzte ehrliche Rettung oder aber auch ihr an Schiebung grenzendes Herrschaftsrecht eine Weile noch sichern, erläßt der Rechtspfleger.

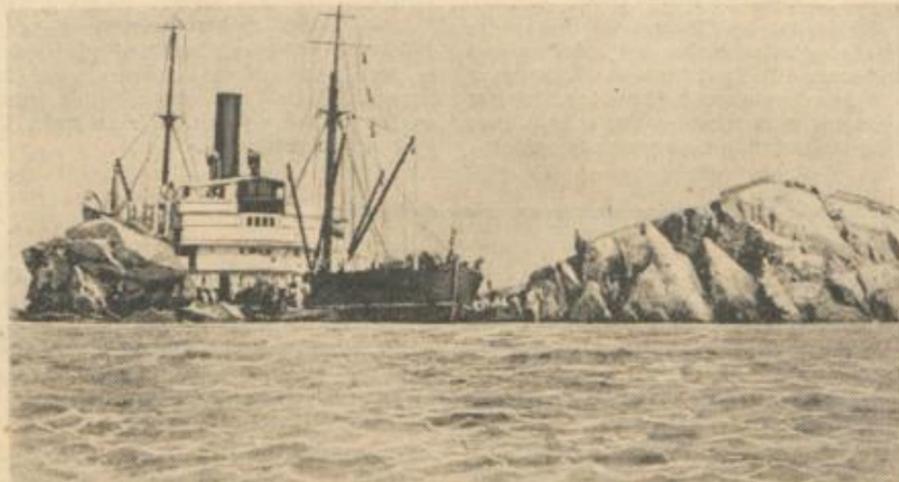
Auch Arrestaufhebungen nach Hinterlegung eines Geldbetrages durch den betroffenen Schuldner sowie fast alle gewöhnlichen Maßnahmen der Strafvollstreckung ruhen in seinen Händen. Freilich sprechen die Rechtspfleger nie das letzte Wort. Einwendungen können immer bei dem dem Rechtspfleger übergeordneten Gericht vorgebracht werden. Auch sind ihnen die gefährlichen negativen Entscheidungen wie die Ablehnung des Zahlungsbefehlsgehefts und auch die Unterbrechung der Strafvollstreckung entzogen.

Auch der Rechtsanwält hat ein Hintertüb-

chen. Dort sitzt der Referendar. Gewiß, man sieht ihn auch manchmal während der Ausbildung unter den Fittichen des Richters sitzen. Aber während er hier fast immer nur Schüler ist, gewinnt er im Anwaltsbüro häufig größere Selbstständigkeit. Er wächst über den Zweck der Ausbildung hinaus, mit dem er in das Büro eintritt. Wenn der Anwalt einen Referendar über das Ausbildungsjahr als Hilfsarbeiter beibehält, wird dieser junge Mann zum Anwalt im Kleinen. Wer weiß denn, daß in manchen Prozessen alle Schriftsätze und Korrespondenzen vom Referendar entworfen werden und der Segen, den der Anwalt diesen Werken mitgibt, in nicht viel mehr als in seiner Unter-

schrift besteht? Gewiß, der Anwalt wird die großen Linien des Prozesses im Auge behalten, das übrige aber überläßt er sehr oft vertrauensvoll dem jungen Mann. Die jungen Männer füllen denn auch die Berichtstafel der Amtsgerichte, zeigen sich sogar auf den Landgerichten und reden wie die Großen. Wachten sie ihre Sache nicht gut und geschickt, würde der Anwalt sie nicht gewähren lassen. Also verdienen sie es auch, daß sie einmal aus der Bescheidenheit des Hintergrundes hervorgezogen werden. Und dem sozial Denkenden wird es vielleicht lieb sein zu wissen, daß auch der Führer eines gewaltigen Anwaltsbüros seine Soldaten hat — keine heute noch unbekannt Soldaten.

Auf ein Riff gelaufen



Ein englischer Dampfer ist auf ein Riff an der chinesischen Küste gelaufen. Der Dampfer sank in kurzer Zeit. Passagiere und Mannschaft konnten durch englische Kriegsschiffe gerettet werden.

Sonntag Kirchenwahl

Sozialistische Wahlvorschläge

Für diejenigen evangelischen Parteigenossen, die sich ihr Kirchenwahlrecht gesichert haben, ist es von Wichtigkeit, zu wissen, in welchen Berliner Gemeinden zu den Wahlen am nächsten Sonntag ein sozialistischer Wahlvorschlag vorliegt, und wie der Spitzenkandidat heißt, der diesen Wahlvorschlag der „Religiösen Sozialisten“ kenntlich macht. Es sind folgende Gemeinden mit nachstehend genannten Genossen als Spitzenkandidaten:

Heilig-Kreuz, Wilhelm Hattendorf; Passion, Hermann Groffe; Charlottenburg-Trinitatis, Fritz Brühmann; Neutölln, Franz Lobel; Brix, Wilhelm Dubbert; Adlershof, Ferdinand Hirsch; Pantow-Hoffnungskirche, Otto Gault; Zehlendorf, Max Gottschling; Tempelhof, Friedel Jahn; Steglitz, Willy Schönherr; Rudow, Oskar Heffer; Dreitz, Hauptlehrer Jäger; Gütigow, Hermann Hochschulz.

Vom Vorortzug getötet!

Beim Brückenbau der Reichsbahn in Zehlendorf auf der Höhe der Potsdamer Straße ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. An der Baustelle ist seit längerer Zeit eine

größere Arbeiterkolonne beschäftigt. Als gestern der 34 Jahre alte Arbeiter Willi Krüger aus der Danziger Straße einen Lorenzbug bediente, überhörte er infolge des starken Geräusches einen in Richtung Wannsee fahrenden Vorortzug, trotz des Warnungssignales. Er wurde von der Lokomotive erfasst und auf der Stelle getötet.

Der Ruf der Winterhilfe

Wieder Kleidersammlung

Die Winterhilfe setzt ihre Kleidersammlungen fort. Die Reichswehr wird in folgenden Bezirken sammeln: Lichtenberg am 14. und 15. November, Zehlendorf am 17., 18. und 19. November, Kreuzberg am 22. und 23. November.

Wer aus irgendwelchen Gründen keine Spenden den Helfern nicht übergeben kann, sende sie direkt an die Geschäftsstelle der Berliner Winterhilfe, Berlin C. 2, Burgstraße 28; Fernsprecher D 1 Norden 1928.

Kempinski speist täglich unentgeltlich 500 Erwerbslose, die Engelhardt-Brauereien 270, die Löwen-Brauerei 200, das Shell-Haus 60 Erwerbslose. Am 12. November singt Frau Emmi Leisner Lieder von Schubert und Brahms, begleitet von Professor Bruno Walter, zugunsten der Berliner

Winterhilfe im Beethoven-Saal. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Am 18. November geben die Comedian Harmonists in der Philharmonie ein Konzert zum Besten der Berliner Winterhilfe. Am 18. November veranstaltet ferner die Schuppa-Kapelle für die Berliner Winterhilfe ein Sinfoniekonzert in der Hochschule für Musik.

Geldspenden für die Berliner Winterhilfe werden erbeten auf das Postcheckkonto Nr. 100 der Preussischen Staatsbank (für die Berliner Winterhilfe).

Der im preussischen Ministerium des Innern amtierende Reichskommissar hat sich in einem Erlaß an die staatlichen Polizeibehörden damit einverstanden erklärt, daß die staatlichen Polizeibehörden ihre Fahrzeuge mit Vierbedenpannung, soweit es die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben zuläßt, den örtlichen Organisationen der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Durchführung des Winterhilfswerks im bevorstehenden Winter auf Antrag zur Verfügung stellen. Es ist zu erwarten, daß die übrigen Länderregierungen mit ähnlichen Erlässen folgen werden. Den Organisationen der Winterhilfe wird anheimgegeben, in geeigneten Fällen sich an die Schutzpolizei um entsprechende Mithilfe zu wenden.

Tod Ludwig Hoffmanns

Geheimer Baurat Professor Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann, Stadtbaurat und Ehrenbürger von Berlin, ist gestern abend im Alter von 80 Jahren an den Folgen eines erlittenen Schlaganfalls in seiner Berliner Wohnung verstorben.

In Ludwig Hoffmann verliert Berlin nicht nur einen Ehrenbürger, sondern einen Menschen, der auf die bauliche Entwicklung der Reichshauptstadt einen starken Einfluß ausgeübt hat. Ludwig Hoffmann wurde am 30. Juli 1852 in Darmstadt geboren. In jungen Jahren legte er, nach dem Besuch der Kunstakademie in Kassel, an der Berliner Bauakademie das Staatsexamen für den praktischen Staatsbaudienst ab. Die ersten Sporen als Regierungsbauingenieur verdiente er sich beim Bau der Kriegsakademie in Berlin. Er wurde mit dem Schinkelpreis ausgezeichnet. Kurz darauf kaufte das preussische Kultusministerium seinen Entwurf für die Bebauung der Museumsinsel an, und 1885 erhielt Hoffmann den ersten Preis bei der Konkurrenz für den Bau des Reichsgerichts in Leipzig, den er, dann von 1886 bis 1895 ausführte. Nach Studienreisen durch West- und Südeuropa wurde Ludwig Hoffmann 1896 zum Stadtbaurat von Berlin ernannt. Viele Schulen, Kiple, Verwaltungsgebäude und Feuerwachen sind sein Werk. Zu seinen bedeutendsten Bauten aber gehören das Neue Berliner Stadthaus, das Märkische Museum, das Virchowkrankenhaus und die große Anlage der städtischen Krankenanstalten in Buch bei Berlin. Weiter leitete er die von ihm entworfenen Bebauung der Museumsinsel und entwarf die Bebauungspläne für die Stadt Athen.

Kranzniederlegung am Ehrenmal. Im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V., Berlin N. 24, Konbijnouplag 10, hat eine Delegation gestern in den Vormittagsstunden am preussischen Ehrenmal einen Lorbeerkranz im Gedenken an die Toten des Weltkrieges mit der Aufschrift auf der weißen Schleife „Wie wieder Krieg“ niedergelegt.

Wo man hinkommt, gibt es „Saba“

Ob im Norden, Süden, Osten oder Westen,
ob bei Tage oder des Nachts:
Überall, zu jeder Stunde bekommen Sie
Ihre „Saba ohne“,
Berlins meistgerauchte Cigarette.

Nazis vor dem Sondergericht

Transportgefährdung mit Auto, Zement und Pistolen

Vor dem Sondergericht standen gestern zwei SA-Leute, der 21jährige Kaufmann Hans Brandt und der 24jährige Bauhofsler Wolfgang Lehnert unter der Anklage der Transportgefährdung. Wenn Nazis derartiges unternehmen, so tun sie es gründlich mit allen Schikanen, wohl, wie der Nazianwalt es im Sondergerichtsprozess zum Ausdruck gebracht hat, um die Sache hinterher den Kommunisten in die Schuhe schieben zu können.

Der Angeklagte Brandt, im Baden seines Vaters beschäftigt, also am Verkehrsstreik vollkommen unbeteiligt, gab eine ebenso naive wie verlogene Schilderung der Vorgänge in der Nacht vom 4. zum 5. November. Er hatte am Tage mit seinem Vater das Auto seines Parteigenossen, des Herrn Erik von Wighleben, benutzte und war zusammen mit diesem und seinem Vater am Abend in der Naziverammlung in Schönholz gewesen, in der Goebbels sprach. Nach der Versammlung trat an ihn ein Parteigenosse heran, den er nicht kannte, und bat ihn, das Auto des Herrn von Wighleben auf 10 Minuten benutzen zu dürfen. Brandt, der keinen Führerschein besitzt, sollte chauffieren. Der Angeklagte behauptet, den Parteigenossen wegen der Autobenutzung an Herrn von Wighleben verweisen zu haben. Der Parteigenosse kam zurück und erklärte, er habe die Erlaubnis zur Benutzung des Autos erhalten. Man fuhr nun bei einem Cafe vor, wo einige weitere SA-Leute den Wagen

bestiegen. Wohin die Fahrt gehen sollte, wurde dem Angeklagten angeblich nicht gesagt.

Man fuhr nun an verschiedene Straßenbahnweichen heran, der Angeklagte Lehnert stieg aus dem Wagen und goß Zement in die Schienen.

Als der Zement alle war, holte man sich neuen Vorrat, fuhr diesmal nach Reinickendorf-West und schüttete auch hier den Zement in die Weichen. Bei der Rückfahrt riefen zwei Polizeibeamte: Halt! Die Parteigenossen riefen dem Angeklagten zu, er solle weiterfahren. Plötzlich wurde geschossen. Ob die Schüsse aus dem Wagen kamen, kann der Angeklagte nicht sagen. Damit der Wagen nicht zerhauen werde, wurde gehalten. Alle sprangen heraus und liefen auseinander. Er, Brandt, und Lehnert wurden festgenommen.

Aus den Aussagen der beiden Polizeibeamten und des Chauffeurs, dessen Tage die Wachmeister beim Verfolgen des Autos benutzt haben, ging hervor,

daß das Naziauto ohne Licht gefahren ist, daß noch aus dem fahrenden Wagen vier bis fünf Schüsse gefallen und daß weitere Schüsse von den Nazis beim Verlassen des Wagens abgegeben worden sind.

In der Nähe des Wagens ist dann eine Pistole gefunden worden und außerdem noch eine Patrone 6,35. Einer der beiden Wachmeister will in dem Zeugen von Wighleben den Chauffeur des Wagens wiedererkannt haben; er hatte, ganz deutlich wahrnehmbar, einen grauen Hut auf, wie

er später im Wagen gefunden wurde. Einen solchen Hut trug Herr von Wighleben auch gestern. Der im Auto gefundene Hut wurde Herrn von Wighleben im Polizeipräsidium anprobiert; er paßte.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, den Zeugen von Wighleben wegen dringenden Verdachts der Teilnahme an den den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen unvereidigt zu lassen, die Verhandlung bis Montag auszussetzen und sowohl den von der Verteidigung beantragten Zeugen zu laden, als auch dem anwesenden Vertreter der BSG aufzugeben, darüber Feststellungen zu treffen, wann der Zement beseitigt worden ist.

Wieder hohe Zuchthausstrafen

Schließlich wurde die am Dienstag gegen die beiden Tiefbauarbeiter Weidemüller und Groener ausgesetzte Sondergerichtsverhandlung zu Ende geführt. Die Sachverständigen der Straßenbahn und der Reichsbahn äußerten sich dahin, daß die von den Angeklagten in die Schienen gelegten Steine die Straßenbahn zur Entgleisung hätten bringen können. Der Staatsanwalt beantragte wegen vollendeter Transportgefährdung für jeden der Angeklagten 3 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte sie zu je 2½ Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten, hieß es in der Urteilsbegründung, können von Glück sprechen, daß die Steine noch rechtzeitig bemerkt wurden und daß auf diese Weise ein großes Unglück verhütet worden sei.

Die Toten von Kuba

1800 Sturmflutopfer

New York, 11. November.

Die Sturmflutkatastrophe in Kuba hat, wie sich jetzt herausstellt, viel schlimmere Folgen gehabt, als man bisher annahm. Die Zahl der Toten wird sehr verschieden geschätzt. Während einige Meldungen von 300 Toten sprechen, lauten andere Nachrichten auf 1800 Tote. Die Fischerstadt Camaguey ist von einer acht Meter hohen Springflut vollständig zerstört worden. Die Springflut drang acht Kilometer tief ins Land ein. Tausende von Flüchtlingen sind in Santa Cruz und den Nachbarstädten eingetroffen, wo alle Krankenhäuser überfüllt sind. Nahrungsmittel und Arznei sind mit Flugzeugen hingebacht worden. Der Gesundheitsschaden ist vorläufig noch gar nicht abzuschätzen.

Der Marineschlepper „Sciota“, der sich in Seenot befand, ist jetzt außer Gefahr. Zwei Zerstörer leisten ihm Hilfe.

Zwei Alkoholathleten

Der eine legt den andern rein

Früher war er als Ingenieur in Rußland tätig, der 1898 in Moskau geborene Herr Alexander Kuropatkin, dann kam er nach Deutschland und betätigte sich in Berlin als „Barenführer“ für seine des Deutschen unkundigen durchreisenden Landsleute, besorgt ihnen Pässe, je nach Wunsch echte oder falsche, holt Fahrkarten, gibt Auskünfte über die Züge und zum Schluß zeigt er ihnen auch Berlin, wie er es kennt. Das Ende ist immer das gleiche. Die Durchreisenden sind zwei Tage lang todkrank und Kuropatkin hat ihre Brieftaschen mit samt dem Gelde.

Am Montagvormittag lernte er wieder einen Landsmann kennen. Es ging alles gut, bis zum Abend. In dem ersten Lokal, das sie aufsuchten, tranken sie Bier und Schnaps. Das war aber nicht nach ihrem Geschmack, Kuropatkin ging nun schärfer vor; führte seinen „Kann“ durch drei Lokale. In jedem der drei Lokale trank jeder für sich einen halben Liter Alkohol, 40prozentigen und unversäffelten. Der Reisende war völlig besinnungslos, kam erst am Dienstagabend wieder zu sich und entdeckte nun das Fehlen seiner Brieftasche, in der 135 Mark waren. Trotz des reichlichen Alkoholgusses wußte er aber den Namen seines „Führers“, ließ zur Polizei und wurde aus seinem Quartier in der Artilleriestraße geholt und festgenommen. Er gibt die Zechtour, die ihm sonst sehr gut bekommen ist, zu, bestritt aber den Diebstahl. Er mündert sich nur, daß sein Landsmann so wenig vertrauen kann.

Gefallenen-Ehrung im Reichstag

Zum Gedenken der im Weltkrieg Gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegs-

teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen als ältester und größter Bund der Kriegsoffer auch in diesem Jahre am Totensonntag wieder eine Gedenkfeier im Plenarsaal des Deutschen Reichstages. Das bekannte Steiner-Quartett und der Berliner Konzertchor unter seinem Dirigenten Dr. Kurt Singer werden Werke von Johann Sebastian Bach und Ludwig van Beethoven zum Vortrag bringen. Robert Müller und Ursula van Gaarden registrieren aus den Werken Hebbels, Schillers und Walter Fleg. Der Bundesvorsitzende Christoph Pfänder spricht Worte des Gedankens. Die Feier wird von der Funfstunde Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Raadg aus Wien in der Zeit von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr am 20. November 1932 übertragen. Viele Ortsgruppen des Reichsbundes werden durch Bildung von Kundpunkt-Abhörvereinigungen an der eindrucksvollen Gedenkfeier teilnehmen.

Devisenaffäre Tiliich

Zwei neue Haftbefehle

Im Zusammenhang mit den Devisenschiebung des Geheimrats Tiliich vom preußischen Wohlfahrtsministerium, der, wie mitgeteilt, in der vorigen Woche in seiner Dienstwohnung in der Leipziger Straße verhaftet wurde und die auch zur Festnahme des Bergwerksdirektors Gustav Cordes, des Bankbeamten Kubbernus, des Syndikus Dr. Borchardt und des Ratters Heinrich Holländer führte, sind jetzt von der Staatsanwaltschaft zwei weitere Haftbefehle erteilt worden. Diese richten sich gegen den Juwelier Smirna und den Bergwerksdirektor A. D. Hermann Schmidt, die ebenfalls bei den Devisenschiebung mitgewirkt hatten und seit der Aufdeckung der Affäre flüchtig sind. Smirna und Schmidt haben die aus ausländischen Besitz stam-

menden Effekten beschafft und so gleichfalls gegen die Devisennotverordnung verstoßen. Die Ermittlungen gegen Tiliich und Genossen sind im übrigen bereits so weit gediehen, daß mit der Verhandlung vor dem Schnellschöffengericht in etwa 14 Tagen zu rechnen sein dürfte.

Autounglück in Greiz

Fahrer und Mitfahrer verbrannt

Greiz, 11. November.

Am Donnerstagnachmittag fuhr bei Greiz ein mit schweren Maschinen beladener Lastkraftwagen aus Leipzig insaige Bergens der Bremsen mit voller Macht gegen das Gasthaus „Stübchen“. Im gleichen Augenblick erfolgte eine Explosion, die den Lastkraftwagen in Brand setzte. Die Flammen griffen auch auf das Gebäude und einen Privatkraftwagen über. Der Fahrer des Lastwagens, Ernst Keller aus Leipzig, verbrannte. Der zufällig mitfahrende Georg Schmidt aus Leipzig trug so schwere Brandwunden davon, daß er einige Stunden später verstarb. Der Brand des Gasthauses konnte gelöscht werden. Der Lastkraftwagen und der Privatkraftwagen wurden völlig vernichtet.

Eine Giraffe geboren

Im Berliner Zoo ist eine weibliche ostafrikanische Giraffe geboren worden, 1,95 Meter groß. Sie ist im Fell dunkler als die abessinischen Giraffen. Das ist das zweite Giraffentöchterlein, das in diesem Jahre in Berlin zur Welt kam, ein in der Geschichte der Tiergärten noch nicht dagewesener Fall, denn die Giraffen züchten in der Gefangenschaft sehr selten. Bei diesem mun-

Opfer eines Puschers

Fahrlässige Tötung

Das Schöffengericht Berlin-Wedding verurteilte den Heilkundigen Meißhorn wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Zu dem Heilkundigen war eines Tages eine ältere, an Krebs leidende Frau gekommen, um sich behandeln zu lassen. Wenige Wochen später, während sie noch bei dem Heilkundigen in Behandlung war, ist die Frau an der Krebskrankheit gestorben. Das Gericht, das in seinem Strafmaß über den Antrag des Staatsanwalts — ein Jahr Gefängnis — hinausging, begründete die Verurteilung damit, daß der Heilkundige sofort habe erkennen müssen, daß es sich um eine Krebskrankheit handele. Er habe deshalb die Pflicht gehabt, die Behandlung der Frau abzulehnen und diese an einen Arzt zu verweisen. Dann wäre auch die Frau aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Arzt gegangen und von ihm mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 Proz. geheilt worden. In dem Prozeß wurden mehrere Mediziner, die einen bedeutenden Ruf als Fachleute auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung genießen, als Sachverständige gehört. Sie vertraten im

wesentlichen den Standpunkt, daß die Frau bei sorgfamer Behandlung durch einen Arzt hätte geheilt werden können. Verschieden war lediglich die Auffassung zu der Frage, ob die Frau völlig oder nur vorübergehend hätte geheilt werden können. Ein homöopathischer Arzt allerdings erklärte, daß er die Behandlung bei der Frau keinesfalls anders vorgenommen hätte, wie sie der Heilkundige behandelt habe.

Der Anschlag auf die Golpa-Leitung

Die Politische Polizei ist noch immer mit der Aufklärung des geheimnisvollen Sprengstoffanschlags auf die Hochspannungsleitung der Elektrowerke M.G. beim Bahnhof Wuhlsheide beschäftigt, ohne daß es bisher gelungen wäre, irgendwelche Spuren von den Tätern zu ermitteln. Vom Polizeipräsidium ist für die Aufklärung und Hinweife, die zur Festnahme der Täter führen können, eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt worden.

teren Jungtier ist die Waterschaft ungewiß; hatte doch der Zoo zwei Bullen, von denen er einen nach Hannover abgab, weil die Straßennutzer sich hier bekämpften. Das Publikum sah das freilich meistens für „Liedespiele“ an, aber die Giraffen waren drauf und dran, sich die Rippen einzuschlagen. Straffenbabys Leben sieht noch unter einem zweiten Unstern, denn seine Mutter ist empfindlich und darum hält es für das immer weggestoßen werdende Jungtier schwer, zur ausreichenden Nahrung zu kommen.

Angetreuer Rendant

100000 Mark Defizit bei Bornimer Sparkasse

Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurde der frühere Rendant der Bornimer Spar- und Darlehnskasse, der Kaufmann Otto Wernicke, in seiner Wohnung in Bornim verhaftet. Es hat sich bei einer Revision in der Bornimer Spar- und Darlehnskasse ein Defizit von über 100 000 Mark gezeigt. Wernicke soll zum persönlichen Bedarf große Summen verausgabt haben.

Betrunkener Herrenfahrer

Schuldig am Tod eines Arbeiters

Ein folgenschwerer Autounfall, der sich in der Nacht zum vergangenen Sonntag in der Potsdamer Straße ereignete und bei dem der 41 Jahre alte Arbeiter Gustav Kohn aus der Hollmannstraße von einem Auto, einer blauen Limousine, überfahren und schwer verletzt wurde, so daß er starb, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Der Fahrer des Unfallautos, ein 32 Jahre alter Buchhalter Kurt M., konnte ermittelt und verhaftet werden.

Um die Ermittlung des Fahrers hat sich ein Taxichauffeur verdient gemacht, der den Vorgang beobachtet und die Verfolgung des Täters auf eigene Faust aufgenommen hatte. Der Fahrer der blauen Limousine muß wohl gemerkt haben, daß er verfolgt wurde, denn er gab Gas und jagte durch die Schillstraße dem Tiergarten zu. Es kam zu einer aufregenden Fahrt. Der Taxichauffeur, ein guter Fahrer, versuchte den Wagen zu überholen. Beide Autos befanden sich längst im Tiergarten. Die Taxe jagte an dem Privatwagen vorbei und stellte sich quer über die Straße. Der Chauffeur glaubte, den Wagen so zum Halten zu bringen. Er hatte sich aber geirrt. Der Fahrer der blauen Limousine machte einen scharfen Bogen um die Taxe, raste auf den Bürgersteig, fuhr durch die Bäume hindurch und entkam. In der Dunkelheit und Aufregung hatte sich der Taxichauffeur die Nummer des Autos nicht merken können. Kommissar Schneider gelang es dann, den Wagen in einem großen Autofahrerbetrieb zu ermitteln. Es stellte sich heraus, daß ein Buchhalter dieser Firma der Schuldige ist. Vor der Unglücksfahrt hatte er mit seinen Freunden getrunken.

Dienst am Volk

Der Beamtenapparat des Staates muß im modernen Staatswesen grundsätzlich anders beschaffen sein, als er es in den Zeiten des Absolutismus war. Die Weltfremdheit, der Kastengeist, mit denen einst vom grünen Tisch aus regiert — oder am grünen Tisch der Obrigkeit gedient — wurde, ließ jenen gegen das Volk gerichteten Bürokratismus entstehen, den ein modernes Volk nicht mehr zu tragen gewillt ist, den es nicht mehr tragen kann. Dienst, vom echten Bürokraten als Selbstzweck empfunden, muß heute bewußter Dienst am Volke für das Volk sein. Die soziale Umschichtung, die in Deutschland immer stärker alle Arbeitnehmer in eine Front stellt, hat den Staatsbeamten zwangsläufig den übrigen Gliedern des Volkes nahegebracht. Er muß, um sein Amt sinnvoll auszufüllen, politisch, nicht bürokratisch denken lernen. In einem Vortrag im Programm der Deutschen Welle über „Entscheidung und Wesen der Bürokratie“ entwickelte Ministerialrat a. D. Falkenberg diese Gedankengänge, die er an Hand von zahlreichen Beispielen aus der entsprechenden Fachliteratur belegte.

Dabei betonte er, daß ohne jede Bürokratie, d. h. ohne bis ins einzelne gehende Beamtenorganisation, keine Staatsverwaltung auskommen kann. Einige Mängel wird ein solcher Apparat immer aufweisen, die in seiner geistig-technischen Struktur bedingt sind. Wesentlich ist jedoch, daß aus der Bürokratie kein Bürokratismus wird, daß der Menschenapparat sich nicht in tote Apparatur verwandelt, die, in sich geschlossen, ohne Berührung mit dem Lebensstrom des Volkes in sinnloser Betriebsamkeit läuft.

Oeffentliche Belobigungen. Der Referendar Bernhard Heger, in Berlin-Zehlendorf, Camphausenstraße 5 wohnhaft, hat am 21. August d. J. eine männliche Person auf dem Golpa-See bei Lehmin vom Tode des Ertrinkens errettet. Der Polizeipräsident bringt die von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck seiner Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis. — Der Zollsekretär Wilhelm Berkefeld, in Berlin-Niederschönhausen wohnhaft, hat am 4. Juni d. J. ig

der Friedrich-Karl-Straße in Berlin-Lichtenberg ein durchgehendes führerloses Pferdegespann aufgehalten. Der Polizeipräsident bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck seiner Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis. Die gleiche Anerkennung spricht er dem 13jährigen Schüler Rudolf Kauch aus, der bei seinen Eltern in der Graefelstraße wohnt. Der Schüler hat am 6. September d. J. ein dreijähriges Kind aus dem Landwehrkanal vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.

Museen im Winter

Eine Meldung, die auch in die Zustandspresse Eingang gefunden hat, behauptet, daß die Erwägung bestehe, die Berliner Museen während des Winters für den Besuch zu schließen, da der Staat die Unkosten für Heizung und Beleuchtung nicht aufbringen könne. Wie wir hierzu erfahren, ist eine Schließung der Institute nicht beabsichtigt. Demnach bleiben also die großen Museen der Reichshauptstadt auch in diesem Winter zu den üblichen Besuchszeiten geöffnet. Lediglich das der Nationalgalerie unterstellte kleine Rauch-Museum in Charlottenburg, das übrigens auch nicht heizbar ist, wird aus Ersparnisgründen für die Wintermonate schließen.

Essen für Erwerbslose

In der Wohnstadt Carl Legien

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält im Altersheim in der Danziger Straße eine Erwerbslosenküche, die allerdings nur in den Wintermonaten geöffnet ist. Um den starken Andrang abzulassen und den näher nach Weihensee zu wohnenden Erwerbslosen die Inanspruchnahme der Speisung zu erleichtern, hat jetzt die Arbeiterwohlfahrt eine Essenausgabestelle in der Wohnstadt Carl Legien, Gubigstr. 35, eingerichtet.

Die „Einsfa“ hat eine Wohnung mit Zentralheizung zur Verfügung gestellt, die Schulbeih-Vogelhof-Brauerei hat die nötigen Tische und Stühle geliefert, einzelne Parteigenossen haben zur behaglichen Ausstattung der schönen Räume beigetragen, so daß die neue Essenausgabestelle am Montag eröffnet werden konnte.

Da diese Neuerung aber noch nicht genügend bekannt ist und meist noch viele Plätze frei sind, macht die Arbeiterwohlfahrt an dieser Stelle noch besonders darauf aufmerksam. Für erwerbslose Parteigenossen kostet die Essensportion 20 Pf. Der fehlende Betrag von je 10 Pf. wird durch freiwillige Spenden der Parteigenossen aufgebracht. Von Unorganisierten muß der Selbstkostenpreis von 30 Pf. berechnet werden. Wie im „Altersheim“ können auch in der Gubigstr. 35 die Mahlzeiten nicht nur an Ort und Stelle verzehrt, sondern auch für Familien der Erwerbslosen nach Hause geholt werden.

Schuhhändler lagen

Auf Einladung des Reichsverbandes Deutscher Schuhhändler E. B. tagte der Modeausflug für die deutsche Schuhwirtschaft, dessen Aufgabe darin besteht, durch Fühlungnahme mit in- und ausländischen Modezentren Farben und Modelle der Saison festzustellen und ein Uebermaß an Fassons und Farben zu verhindern. In seiner Begrüßungsansprache erörterte der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, Heinrich Schlimmer, noch genauer die Aufgaben des Modenausschusses. Er bewies an Hand verschiedener Beispiele, welche ungeheure Verluste der Schuhindustrie durch Fehldispositionen und eine überflüssige Vielseitigkeit der Lager entstanden sei. Als zweiter Redner begrüßte der Vorsitzende des Modenausschusses, Julius Klausner, das Wort. Auch er begrüßte die Reduzierung der unübersichtlich gewordenen Lagerbestände und schritt dann als ebenso wichtiges Problem die Frage der Schaffung eines preiswerten Gebrauchsschuhwerks an. Wenn man in Kreisen der Industrie und auch allgemein der optimistischen Meinung ist, daß wie den tiefsten Stand der geschwächten Kaufkraft überwinden hätten, so erweist sich schließlich doch nach wie vor die Herstellung guter Massenware als die lebensfähigste Verkaufsform. Es sprachen dann noch

Vom Kanin zum Edelpelz

Schlechte Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt

In den Pelzgeschäften liegen herzerfreuende, sehnsüchternwahnende Exemplare aller möglichen Fellarten, vom schlichten Kanin bis zum kostbaren Breitschwanz. Die einzelnen Stücke sind wirklich schön, ihre Preise sind ganz erheblich gefallen — besonders bei Edelpelzen macht sich dies bemerkbar — und doch — der Verkauf läßt mehr als zu wünschen übrig. Die größten Rodenschläge empfangen in der Pelzindustrie die Großfirmen, deren Zahl sich von Jahr zu Jahr verringert; zum Teil sind sie in Konkurs geraten, zum Teil haben sie sich auf ein Minimum ihrer einstigen Größe reduziert. Und es gibt nicht nur eine Weltfirma in Pelzen, die ein vierstöckiges Geschäftshaus von unten bis oben beherrschte und heute nur mehr im obersten Dachgeschoß ein paar Arbeitsräume besitzt.

Wenn es dem Großisten schlecht geht, so dem Detailisten erst recht, die Lohngewerbetreibenden der Pelzindustrie arbeiten heute zu zwei Dritteln für die Zwischenmeister, um sich überhaupt halten zu können. Ein paar Reparaturen, hier und da eine Umarbeitung, das ist alles, was sie an eigener Arbeit aufzuweisen haben. Die Fertigware beziehen sie vom Fabrikanten, sie können sich keine Arbeitskräfte leisten, das wirkt das Geschäft nicht mehr ab.

Die Saison in der Pelzindustrie

beginnt normalerweise im August und dauert bis gegen Weihnachten; es war auch im August bereits eine leichte Abnahme der weiblichen erwerbslosen Arbeitskräfte zu bemerken (20 Proz. gegen Juli), das steigerte sich dann im September auf 40 Proz., im Oktober auf 50 Proz., so daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Juli mit 1631 im Oktober auf 203 sank; bei den Männern verringerte sie sich von 913 (Juli) auf 301 (Oktober). Trotzdem verschlechtert sich auch der Arbeitsmarkt ziffernmäßig von Jahr zu Jahr; so betrug die Arbeitslosenziffer für weibliche Kräfte in diesem September 795, dagegen im Vor-

jahr bloß 386, und die Oktoberziffer 1932 mit 203 Erwerbslosen stand im Vorjahr auf der Zahl 98. Durchschnittlich also immerhin ein 30prozentiger Rückgang. Die Stoffkonfektion für Pelzarbeiter, die speziell in diesem Jahr wenigstens nach außen hin viel Beschäftigungsmöglichkeit aufweist — es gibt ja kaum einen Mantel oder ein Kleid, das nicht irgendein Pelzstückchen irgendwo sitzen hat — erreichte leider bei spätem Saisonbeginn ein allzu frühes Ende. Sie ist jetzt schon wieder vorbei und hinkt der Saison des Vorjahres um 40 Proz. nach.

Das schlechte Geschäft bei Fertigware wirkt seine schweren Schatten auf das Rohmaterial, und wenn Berlin jammert, dann hat Leipzig erst recht nichts zu lachen. Der Rauchwarenmarkt vom August 1931 berichtet von einem weiteren erheblichen Rückgang des Pelzaufhandels, dessen Hauptursachen das Abwandern zu den billigeren Fellorten und das Sinken der Preise sind. Die Einfuhr ist gegen das Vorjahr sowohl der Menge wie dem Werte nach, ganz beträchtlich zurückgegangen. Das gleiche Bild des Rückganges bildet auch die Ausfuhr; sie ist zahlenmäßig gegen das Jahr 1928 mengenmäßig um 28 Proz., wertmäßig um 42 Proz. gesunken. Bei der Einfuhr macht sich das starke Anwachsen der russischen Pelzfabrikation bemerkbar, und es muß sich beispielsweise heute ein Fabrikant verpflichten, neben dem gefaßten Rohmaterial auch eine bestimmte Menge veredelter Ware mit zu übernehmen. Fehlpelzwerk ist fast ausschließlich russischer Herkunft, während die Hauptlieferanten für Kanin in Belgien und Frankreich sind. In der Veredelungsindustrie nimmt Deutschland neben England den ersten Platz ein. Unsere heimischen Pelztierfarmen, sieben an der Zahl, befaßen sich fleißig mit der Züchtung von Silberfuchs, Nerz, Woschbar, Sumpfbiber (Nutria), Opoffum und Skis. Es spielen jedoch die klimatischen Verhältnisse in der Beschaffenheit des tierischen Haarfleides die ausschlaggebende Rolle.

von Berlin (Fantastische Sinfonie), Hindemith (Violinkonzert) und Debussy (Das Meer). Der Eintrittspreis beträgt 0,75 M. für Erwachsene und 0,50 M. für Jugendliche. — Eintrittskarten sind im Volksbildungsamt Kreuzberg, Gütchiner Straße 104/105, 1 Tr. (Zimmer 27), in den Zahlstellen und an der Abendkasse erhältlich.

Variete im November

Scala

Aus der Fülle der guten Varietédarbietungen ragen zwei ganz besonders hervor. Die erste: Buster West, der Egzenritztänzer und Kanonier in Riesenstiefeln, führt so groteske Sprünge aus, daß man staunt, wie er glatt wieder auf seinen zwei Beinen landen kann. Zweitens: eine Luftkation, die fliegenden Concellos. In höchster Höhe am Trapez wird ein Mann nach einem dreifachen Salto aufgefangen. In einem kleinen Enkaier zeigt Max Adalbert, wie ein schüchtern Schriftsteller energisch wird. Fritz Grünbaum gibt ihm hierin Unterricht und Ferdinand v. Allen ist der vorstufverweigernde Verlagsdirektor. Das lustige Trio erntet fürmischen Applaus. Edmund Fritz's Singing Babies gergliedern den Gesang in rhythmischen Bewegungen. Ein gut aufeinander abgestimmtes Tanzpaar sind Berinoff und Charlot. Straußhüser Walzer und akrobatischer Tanz können sich als harmonisch vollendet beben lassen. Vier Polizisten zeigen sich als gewandte Varietékakrobalen. Der Untermann beweist eine außerordentliche Kraftleistung, wenn er drei Zirkel auf einer Stange über sich ruhig und scheinbar ohne Mühe turnen läßt. Alf. Lopsals dressierte Hunde machen possierliche Sachen. Sie sind gute Jongleure und Springer und machen ihrem Meister Ehre. Fritz Grünbaum konfiziert mit Wig und Verve.

Wintergarten

Freudenbringer aus dem schönen Wien sind im Wintergarten eingekehrt: Toni Birkmeyer mit seinem Ballet aus Mitgliedern der Wiener Staatsoper. Ob sie nun den obligaten Walzer tanzen, ob einen Rändler, ob sich als im Finale vereinigten, immer denkt man, wenn man diese Schar raffig schöner Mädchen sieht, an Blüten und Schmetterlinge. Besonders charaktervoll die Polka der Pepita Hörriegel und des Intermezzo der schönen blonden Lilli Handl. Ihnen voran aber immer der stets männlich bleibende Meister Birkmeyer. Dann gibt es wieder viel zum Lachen: Hans Kolischer, der richtige Vertikaler heißen müßte, denn er verlorst alle, aber alle lachen über seinen tollen Akt. Sehr lustig geht es auch bei den holländischen zehn Brog zu, die das biedere Schifferkavaler in der Form des komplizierten Accordeons grohartig meistern. Bill Morris, der Mann, der gerne radfahren möchte (und es dann auch glänzend kann), aber eine Viertelstunde lang immer wieder verhindert wird. Zwei Barlens: Er ein riesiger Acajimenich, sie ein listiger, lustiger kleiner Teufel. Drei Arcanos rollen auf Rollen aufrollend auf die Bühne. Der weibliche Partner ist sodann ein ungewöhnlich tüchtiger Obermann auf 10 Meter hohem Ross, den der Untermann frei auf der Schulter trägt. Schließlich die beiden glänzenden Athleten Holl, der bekannte Jongleur Torino und Fra und Ottare, die auf rollenden Kugeln einen akrobatischen Tango tanzen.

Eine Führung durch den Tierpark Schilderstraße und die Hundsfangabteilung (mit Aufnahmen) veranstaltet H. Etzler am 13. November. Treffpunkt Bahnhöf Dammwäldchen, Holzmartstraße, Ecke Alexanderstraße (10¼ Uhr).

Die Direktion der „Plaza“ bringt am Bußtag, dem 16. November, und Totensonntag, dem 20. November, das Schauspiel „Heimat“ von Hermann Sudermann zur Aufführung. Es finden an beiden Tagen drei Vorstellungen, und zwar um 2, 5 und 8,15 Uhr zu den üblichen billigen Eintrittspreisen statt.

Ein Goldenes Jubiläum, das Ihnen Vorteile bringt! Feiern Sie es mit in den prachtvollen, echt vergoldeten und verfilberten Kassetten, die anlässlich ihres 50jährigen Geschäftsjubiläums die bekannte Firma Carl Wilhelm, Bremen, Föhrenstraße, herausbringt. Alle unsere Leser sind freundlichst eingeladen, durch eine Bestellung an dieser seltenen Feier teilzunehmen. Es ist in der Tat ein außergewöhnlich vorteilhaftes Jubiläums-Angebot. Die Wilhelm-Zigarren genießen als vorzügliche Marken in ganz Deutschland einen guten Ruf.

Das gleiche kann auch von Dgo-Kaffee gesagt werden! Die Dgo Kaffee-Handels-gesellschaft Bremen nimmt als Schwesterfirma an dem Jubiläum teil und verspricht den Bestellern eine besondere Überraschung. Alles Nähere erfahren Sie aus dem Prospekt, der heute unserer Postaufgabe beiliegt.

In wenig Worten

Aus dem kleinen Belt bei der Insel Fünen wurde ein seit vierzehn Tagen vermisstes Auto mit vier im Auto liegenden toten Insassen geborgen. Der Wagen dürfte aus bisher noch nicht geklärten Gründen in die See geraten sein.

Bei Ausbesserungsarbeiten an der Gasleitung wurde auf der Galywieße, einer Straße in Steglitz, vier Arbeiter von ausströmendem Gas beinaht. Zwei Arbeiter sind im Krankenhaus gestorben.

Nach dem Brand in der Erziehungsanstalt Bühl bei Wädenswil am Züricher See fand man bei den Aufräumarbeiten bisher die verkohlten Leichen von sieben Mädchen. Fünf Mädchen werden noch vermisst.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht für Berlin: Trocken, Bewölkungsabnahme, nach kalter Nacht am Tage etwas milder, mäßige, östliche Winde. — Für Deutschland: Nirgends nennenswerte Niederschläge, überall abnehmende Neigung zur Nebelbildung, tagsüber, besonders im Westen und Norden, vielfach aufhellend und etwas milder.

Elternbeiratswahl an der 121. Volksschule. Die Mädchenschule Brenzlauer Allee 64e Kolmarer Straße wählt am Sonntag einen neuen Elternbeirat, da die im Juni vorgenommene Wahl ungültig erklärt worden ist. Wir bitten unsere Leser und Freunde, der Liste „Schulbau“ zum Sieg zu verhelfen und unter Beibehaltung von Nachbarn, deren Töchter diese Schule besuchen, für uns zu werben.

Sinfoniekonzert des Volksbildungsamtes Kreuzberg. Am Freitag, dem 18. November 1932, 20 Uhr, veranstaltet das Volksbildungsamt Kreuzberg im Verbeum, Hasenheide (Eingang Graefelstraße), ein Sinfoniekonzert. Für die Veranstaltung sind das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung des Dirigenten Dr. Frieder Weismann und die Geigenvirtuosin Elisabeth Widoff verpflichtet worden. Das Programm umfasst Werke

Schnelles, müheloses Rasieren:

KALODERMA-RASIERSEIFE

F. WOLFF & SOHN • KARLSRUHE

Glyzerinhaltig:

Die Klinge schabst nicht — sie gleitet!

60g

Die junkerliche Agrarpolitik am Ende

Nur die Enteignung des Großgrundbesitzes löst das Verhängnis

Die Kontingentsfrage hat innerhalb der Reichsregierung zur Krise geführt. Den Agrarinteressenten gelang es nicht, sich in der Reichsregierung durchzusetzen. Der Besiegte bei dem Kampf innerhalb des Kabinetts ist der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun. Daß er die ihm von der agrarischen Presse nahegelegten Konsequenzen noch nicht gezogen hat, ist ein Zeichen dafür, daß er den Kampf noch nicht als verloren ansieht.

Der Kampf im Kabinett ist nur ein Spiegelbild des Kampfes der kapitalistischen Gruppen draußen.

Sie waren geeint im Kampf gegen die Arbeiter, und dieser Einigkeit verdankte das Kabinett Papen seine Existenz. Der sozialreaktionäre Kitt hielt aber die kapitalistischen Gruppen nur so lange zusammen, als es gegen die Arbeiter ging und — um Steuererlöse. Als die Reichsregierung der Kontingentierung geneigt schien, ging die Einigkeit stöten. Die gut bezahlten agrarischen Syndikate nahmen ihr altes Geschimpfe über die angebliche Besserstellung der Exportindustrie in der Wirtschaftspolitik wieder auf. Dabei sind sich alle Einsichtigen auch in der Landwirtschaft durchaus darüber klar, daß kein Wirtschaftszweig in Deutschland ein solches Interesse an der Pflege des Exportes hat wie die Landwirtschaft, denn nur eine kaufkräftige Industriearbeiterschaft ist eine Sicherung für das Wohlergehen der Bauern.

Aber die Einsicht ist bei den Führern der Grünen Front nicht zu Hause. Wäre sie da, dann hätte man schon längst eingesehen,

daß die bisherige Agrarpolitik sich totgelaufen hat, wobei Verbraucher und Landwirtschaft gemeinsam auf der Strecke geblieben sind. Was alles ist für die Landwirtschaft getan worden, und was ist das Resultat?

Die Zölle für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind so hinaufgeschraubt worden, daß sie teilweise mehr betragen als der Wert des zollgeschützten Produkts selber. Kein Zentner Getreide kommt mehr nach Deutschland herein, der nicht unbedingt zur Ernährung notwendig ist.

Die Buttereinfuhr ist so beschränkt worden, daß nur noch die Hälfte der vorjährigen Einfuhr nach Deutschland hereinkommt. Nicht genug damit, wurden und werden Milliardenbeträge, die man dem übrigen Teil der deutschen Volkswirtschaft entzieht, auf dem Wege über Preisstüßungen, Osthilfe, Genossenschaftsanierung und Zinsfentung der Landwirtschaft zugeführt. Und dennoch geht es der Landwirtschaft schlecht. Ihr Einkommen sinkt von Jahr zu Jahr.

Der an sich gerechtfertigte und auch von der Sozialdemokratie stets gebilligte Schutz der Inlandsproduktion vor den Preisschwankungen und katastrophalen Preisstürzen am Weltmarkt ist von den Großagrariern zu einer Ueberhöhung der Getreidepreise mißbraucht worden;

die Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die ohnehin unter dem Kaufkraftleiden der Städte leidet, ist weiter verschlechtert worden; durch die mit den hohen Preisen stark ausgedehnte Getreideproduktion ist die Möglichkeit einer Beeinflussung der Getreidepreise fast geschwunden. Durch die überspannten Preisforderungen hat sich die Getreidewirtschaft selbst das Grab gegraben. Alle Sanierungspläne für die bankrotten Güter sind zum Scheitern verurteilt, weil sie auf Getreidepreisen beruhen, die der vorigen Ernte entsprechen, während in diesem Jahre die Getreidepreise infolge der höheren Ernte erheblich niedriger sind. Selbst wenn die neugeplante Getreidemagazinierungsaktion gelingen sollte und hierdurch die Preise hochgehalten werden, wiederholt sich das gleiche Spiel im nächsten Jahr.

Gefährliche Monopol- und Kartellpläne.

So ist die Agrarpolitik in die Sackgasse geraten, aus der es keinen Ausweg gibt und an deren Ende die Landwirtschaft in ihrer eigenen Produktion erstickt, während auf der anderen Seite Millionen sich nicht mehr satt essen können. Diese Ausweglosigkeit wird heute auch von einer kleinen aber einflussreichen Gruppe in der deutschen Landwirtschaft erkannt. Einige pommerische Großgrundbesitzer, deren wirtschaftliches Denken durch Beziehungen zur Industrie geschärft ist, haben eingesehen, daß man den getreidebauenden Großgrundbesitzer Osteliens und den in erster Linie auf den Absatz von Butter und Fleisch angewiesenen Bauern nicht gleichzeitig helfen kann. Sie sagen sich, daß der Getreideprotektionismus nicht entfernt unsere Außenhandelsbeziehungen so schädigt wie die Kontingente für Veredelungsprodukte, denn Getreide wird aus Ländern eingeführt, denen gegenüber unsere Handelsbilanz passiv ist, während Butter, Gemüse und Fleisch aus Ländern kommen, die die besten Käufer unserer Industriemareen sind. In Wahrung ihrer eigenen Interessen propagieren sie die Opferung der Veredelungswirtschaft. Keine Kontingentierung mehr, möglichst sogar Abbau der Zollschranken für die Marktzugewinne der Bauernwirtschaft, dafür aber Schaffung von Monopolen.

In erster Linie natürlich ein Getreidemonopol, das aber nicht, wie das Getreidemonopol der Sozialdemokratie, einen Ausgleich der

Preisschwankungen bezweckt, sondern ebenso wie die Kartellierung der Zuckerproduktion den Großgrundbesitzern eine Rente aus dem Getreidebau sichern soll. Um die eigennützigen Wünsche zu verbergen, wird dagegen die

monopolistische Regelung der Butter-, Fett- und Margarineproduktion gefordert.

Diese neue Richtung, geführt von den pommerischen Junkern Knebel-Döberig und Flüggé, eng verbunden mit der Schwerindustrie, will den Monopolkapitalismus in die Landwirtschaft einführen, damit die ostelbischen Agrarier nicht untergehen.

Die Opfer dieser Entwicklung würden die Bauern und Arbeiter sein.

Die Bauern, weil sie, ebenso wie bei der Kartellierung der Zuckerproduktion bei der Verteilung der Getreidekontingente betrogen werden und außerdem weil sich nur wenige der von ihnen erzeugten Produkte überhaupt kartellieren lassen. Die Arbeiter, weil sie die durch die Kartellierung erzwungene Verteuerung der Rohrungsmittel zu tragen haben.

Englische Wirtschaftspolitik

Auf abschüssiger Bahn — Neue Zölle und Kontingente

Die von der englischen Regierung erwogene Kontingentierung der Einfuhr von Schinken und Speck, die eine Drosselung der Importe um 20 Prozent zur Folge hat, ist jetzt beschlossene worden. Diese Maßnahmen haben nichts mit den Ottawa-Verträgen zu tun, sondern sind unter dem Druck der äußersten Rechten im Interesse der englischen Viehzüchter erfolgt.

In den betroffenen Staaten haben diese Beschlüsse unter den Exporteuren große Aufregung verursacht, und zwar besonders in Dänemark, wo man frühestens im Sommer 1933 mit englischen Einfuhrbeschränkungen gerechnet hatte. Auch in den baltischen Randstaaten haben die englischen Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung große Bestürzung hervorgerufen. Besonders in Kurland und Romo befürchtet man schwerste Rückschläge für die einheimische Landwirtschaft, weil Estland und Litauen im letzten Jahr große Summen für den Ausbau von Schlachthäusern, die überwiegend für den England-Export arbeiten, aufgewandt haben.

Inzwischen wird die aus vier Sachverständigen bestehende Zolltarifkommission in England mit neuen Anträgen auf Zollserhöhungen von den verschiedenen Interessentengruppen beauftragt. Nachdem erst kürzlich die Zölle für Eisen und Stahl zum zweiten Male in diesem Jahr heraufgehoben wurden, verlangen jetzt die Unternehmer der Holzbearbeitungs- und besonders der Möbelindustrie ein neues Anziehen der Zollschraube. Auch Anträge auf Herabsetzung des Weizenzolls sind bei der Kommission wieder eingebracht worden.

Um die Auftauung von Pfundguthaben

Zur Sicherung der neuerdings erschütterten Pfundwährung läßt Großbritannien jetzt kein Mittel unversucht, um einen Ausgleich seiner ausländischen Zahlungsoverpflichtungen zu sichern. So ist die britische Regierung zur Zeit darum bemüht, im Auslande eingefrorene Pfundguthaben aufzutauen. Der erste Versuch ist jetzt mit Griechenland gemacht worden. Dieses Abkommen sieht vor, daß englische Guthaben, die in Griechenland auf Sperrkonten liegen, zur Bezahlung griechischer Exporte nach England

Die bisherige Agrarpolitik erlebt ihr Fiasko, weil sie einseitig die Getreideproduktion in den Vordergrund ihrer Bemühungen stellte und keinen Ausgleich zwischen den verschiedenen Teilen der Landwirtschaft erstrebte. Ihr wichtigstes Ziel war Erhaltung des Großgrundbesitzes und nicht Anpassung der landwirtschaftlichen Struktur an veränderte Verhältnisse. Sie ist an ihren inneren Widersprüchen zusammengebrochen. Die neue, von den Großagrariern propagierte Richtung der Agrarpolitik, die der Erhaltung und dem Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung der Großagrarier dienen soll, ist zum mindesten ebenso verhängnisvoll.

Wenn der ganzen deutschen Landwirtschaft und nicht nur einer kleinen Anzahl von Junkern herausgeholfen werden soll, ist es notwendig, daß die Großagrarier, die stets versuchen werden, planwirtschaftliche Maßnahmen, die im Interesse der Gesamtheit ergriffen werden müssen, in ihrem Interesse umzubiegen, enteignet werden. Bleibt diese Gruppe im Besitz ihrer politischen Macht, so sind sämtliche agrarpolitischen Maßnahmen von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Wenn der ganzen deutschen Landwirtschaft und nicht nur einer kleinen Anzahl von Junkern herausgeholfen werden soll, ist es notwendig, daß die Großagrarier, die stets versuchen werden, planwirtschaftliche Maßnahmen, die im Interesse der Gesamtheit ergriffen werden müssen, in ihrem Interesse umzubiegen, enteignet werden. Bleibt diese Gruppe im Besitz ihrer politischen Macht, so sind sämtliche agrarpolitischen Maßnahmen von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

mußbar gemacht werden, so daß für England aus der Einfuhr griechischer Waren keine neuen Valutaverpflichtungen entstehen. — Ein ähnliches Abkommen ist mit Oesterreich getroffen worden, so daß auch in diesem Falle gesperrte Schillingguthaben englischer Staatsangehöriger zum Ankauf britischer Waren freigegeben werden.

Englands Außenhandel im Oktober

Die Bilanz des englischen Außenhandels für den Monat Oktober weist deutliche Spuren des neuen Pfundverfalls im vergangenen Monat auf.

Der Wert des Exportes, der seit Juli ständig gesunken war, ist erstmalig wieder um 4,21 auf 30,4 Millionen Pfund gestiegen. Andererseits aber haben sich die im Herbst immer sehr starken Saisonimporten nach England (Lebensmittelimporte) im Oktober noch um 6,56 auf insgesamt 60,32 Millionen Pfund erhöht. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die nur geringe und vorübergehende Exportchance, die der neue Pfundverfall bietet, dadurch völlig überdeckt wird, daß England für seine Importe aus Goldwährungsländern entsprechend höhere Pfundbeiträge aufwenden muß. Die weitere Erhöhung der Passivität der Handelsbilanz, die im Oktober 30 gegen 28,8 Millionen Pfund im September erreichte, läßt sich tatsächlich nicht nur aus dem gestiegenen Saisonbedarf der englischen Einfuhr erklären, sondern zugleich aus den vermehrten Pfundansprüchen, die infolge des neuen Sinkens der englischen Währung im Auslande entstanden sind.

Vom Januar bis Oktober d. J. betrug der Wert der Einfuhr 580,5 gegen 710,9 Millionen Pfund Sterling. Der starke Rückgang der Einfuhr ist durch die Einführung der Hochschuhzölle verursacht. Der Export verringerte sich in der gleichen Zeit auf 301,4 Millionen Papierpfund (Durchschnittskurs 1 Pfund = 14 Mark) gegen 324,8 Millionen Goldpfund vom Januar bis Oktober 1931 (Durchschnittskurs 1 Pfund = 20,4 M.). Die Passivität der englischen Handelsbilanz erreicht in diesen 10 Monaten 279,1 Millionen Pfund, die bei einem Kurs von durchschnittlich 14 Mark etwa 3,90 Milliarden Goldmark entsprechen.

Gesse in der Lage, ihren Aktionären eine Dividende von 20 Proz. (!!) zu zahlen. Die deutsche Kraftverkehrswirtschaft aber, die mit ihren Nebengewerben Hunderttausende ernährt, kann vor die Hunde gehen.

Der Vergleich bei Junkers

Günstiger Vertrag für die Gläubiger

Die seit dem Frühommer anhaltenden Vergleichsverhandlungen der Junkers-Konzerns mit seinen Gläubigern sind jetzt abgeschlossen worden. Zu dem neuen Vergleichstermin am Dienstag waren zahlreiche Gläubiger in Dessau erschienen. Die Lage bei Junkers hat sich nach dem Verkauf des Badesenwerkes an die Robert Bosch A.-G. in Stuttgart erheblich verbessert.

Die neuen Vorschläge für die Gläubiger sehen endgültig die volle Befriedigung der Gläubiger bis zu 500 Mark vor und eine zunächst 40prozentige Befriedigung der größeren Gläubiger bis zum Jahresende. Diese Gläubiger von 500 Mark aufwärts erhalten außer der 40prozentigen Quote einen Verpflichtungs-

schein auf Zahlung von weiteren 20 Prozent im Laufe des nächsten Jahres. Dieser Verpflichtungschein wird ohne Rücktritt auf die wirtschaftliche Entwicklung des folgenden Jahres eingelöst. Außerdem erhalten die Gläubiger noch einen sogenannten Besserungschein in Höhe von 20 Prozent, dessen Zahlung jedoch von der wirtschaftlichen Situation des Junkers-Konzerns abhängig gemacht wird.

Der Treuhänder, Geheimrat v. Buslar, erklärte, daß er den Vergleichsvorschlag als geeignet für einen Vergleichsabschluss mit den Gläubigern ansehe. Es meldete sich aber noch eine Opposition zu Wort, die in erster Linie die Frage der Lebensfähigkeit der Junkers-Werke nach der Konzernreform in die Debatte warf. Die Vergleichsvorschläge wurden schließlich nach langer Aussprache in ihrer ursprünglichen Form angenommen.

Die Septemberbesserung

Rohstoffpreise waren entscheidend

Das Institut für Konjunkturforschung teilt mit: In Uebereinstimmung mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt hat die industrielle Produktion von August auf September leicht zugenommen. Die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) lag von 51,8 im August auf 53,7 im September. ... In jeweiligen Preisen errechnet, stellt sich der Bruttoproduktionswert im August auf 2,54 Milliarden, im September auf 2,65 Milliarden Mark. Nach dieser Rechnung beträgt die Zunahme rund 110 Millionen Mark.

Im einzelnen lassen sich folgende Bewegungstendenzen unterscheiden: In den Industrien, bei denen die Rohstoffkosten eine große Rolle spielen (z. B. Leder, Textilien, einzelne Gruppen der Metallindustrien usw.), hat sich die Erzeugung im Zusammenhang mit der Preisbefestigung auf den Rohstoffmärkten erhöht; bei der Nachfragesteigerung handelt es sich vorwiegend darum, daß der Handel nun seine Lager vergrößert.

Hinszu kommt, vor allem in der Gruppe Kohlenbergbau, eine saisonbedingte Zunahme der Produktion. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die Baustoffindustrien gegen die hier saisonmäßig abwärts gerichteten Kräfte widerstandsfähiger sind, als dies z. B. im vergangenen Jahr der Fall war. Die Zunahme der Produktion von Walzwerkserzeugnissen schließlich ist in der Hauptsache auf Russenaufträge zurückzuführen.

Die Baumwollindustrie im Oktober

Die deutschen Baumwollspinner melden für Oktober, nachdem die Baumwollpreise weiter gesunken sind, bei anhaltend lebhaften Kontraktabsätzen und entsprechender leichter Steigerung der Beschäftigung eine zunehmende Zurückhaltung der Abnehmer für Neuaufträge. Nur Westfalen und Süddeutschland kaufen etwas mehr.

Die Baumwollweber berichten von durchschnittlich guter Beschäftigung; der weitere Verlauf des Oktober habe aber wegen der Unsicherheit der Baumwollmärkte eine abflinkende Nachfrage gebracht. Der Export nach Holland und den Nordstaaten habe durch die Kontingentspolitik große Einbußen erlitten.

Preußen-Abschluß

Verlust der Spitzenunternehmung

Die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-A.-G., in der die vier großen staatlichen Elektro- und Zechenunternehmungen von Preußen zusammengeschlossen sind, hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr einen Verlust von 3,48 Millionen Mark ausgewiesen, da die staatlichen Unternehmen im vergangenen Jahr keine Dividenden ausbezahlt haben.

Auf der Generalversammlung der Gesellschaft wurde infolge der Juliereignisse in Preußen eine Reubesetzung des Aufsichtsrats vorgenommen. Der Sozialdemokrat und ehemalige Staatssekretär im preussischen Handelsministerium Dr. Staudinger scheidet aus und an seine Stelle trat der Reichskommissar Dr. Ernst als Vorsitzender.

Zum zweitenmal pleite

Die Essener Bank, eine große gewerbliche Kreditgenossenschaft mit heute noch 6,4 Mill. Mark Einlagen und 4,5 Mill. Mark Bankschulden, hat zum zweiten Male innerhalb dieses Jahres die Zahlungen eingestellt. Sie wurde erst im Februar mit 2,1 Millionen Mark Reichshilfe aus dem 20-Millionen-Topf für Gewerbankentlastung saniert. Eine inzwischen vorgenommene Revision ergab weitere, im Februar noch nicht erkannte Verluste von 1,5 Millionen Mark. Neue Hilfe wurde, abgesehen von 400 000 Mark zur Liquidation, in Berlin verweigert. Die Einleger sollen 25 Prozent nachlassen, den Rest auf zwei Jahre stunden.

Große Auslandsaufträge für den Maschinenbau. Die im Diesel-Motorenbau führende Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G. hat eine Anzahl großer Exportaufträge für die starken 140-PS-Dieselmotoren erhalten. Die Lieferungen gehen nach Polen, Belgien, Ungarn, Frankreich, Dänemark und Spanien.

Stirbt das Auto aus?

Die Sonderbelastung in Deutschland

In den Monaten Januar bis September d. J. ist die Gesamtzahl der neu zugelassenen Personen- und Lastkraftwagen in Deutschland auf 37 518 gegen 59 806 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 82 605 Wagen von Januar bis September 1930 gesunken. Diese katastrophale Entwicklung hebt sich scharf von der Lage der ausländischen Kraftwagenindustrie ab, die sich sehr krisenfest erwiesen hat. So wurden z. B. in England und Frankreich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, sechs- bis siebenmal mehr Kraftwagen in der genannten Zeit verkauft als in Deutschland.

Es zeigen sich hier die verheerenden Folgen einer Wirtschaftspolitik, die überwiegend im Interesse schwerindustrieller und agrarischer Interessentengruppen dem Kraftverkehr in den letzten beiden Jahren 250 Millionen Mark neue Lasten aufgebürdet hat.

Während die Motorisierung durch diese Politik in jeder Hinsicht gedrosselt wird, können die Nutznießer der Treibstoffverteuerung Gewinne erzielen, die in der gegenwärtigen Krisenzeit einzigartig dastehen. So ist die „Ebag“ Erdölbergbau A.-G.

SCHICKSAL MASCHINE

16) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Kaum war die Durchsicht der Morgenpost beendet, als der Diener den Besuch einer Frau Weismüller meldete. Die Dame gab an, eine Verwandte des Chefs zu sein. Weltlin nickte und nachdem seine Mitarbeiter sich entfernt hatten, betrat Frau Weismüller das Zimmer. Sie war keine Cousine und dunkel entzart er sich, daß er sie einmal verheiratet hatte — wann mochte das wohl gewesen in, welcher Zeitraum lag dazwischen? Er schloß die Augen und es erstand verschwommen das Gesicht eines schlanken, dunkelhaarigen, jungen Mädchens mit hellen Augen. Was war aus ihr geworden? Die Frau, die vor ihm saß, war ärmlich gekleidet, sie hatte weiße Haare und müde, abgekämpfte Gesichtszüge. Ihr Leben war ein schweres gewesen, wie Weltlin dunkel mußte, sie hatte irgendeinen Agenten geheiratet, war nach dessen Tod vollkommen verarmt, und ab und zu hatte er sie mit kleineren Geldbeträgen unterstützt, seit langer Zeit nun hatte er nichts mehr von ihr gehört. Jetzt sah sie vor ihm und erzählte mit harmloser Stimme eine traurige Geschichte. Ihr Sohn, der Musiker, sei seit langer Zeit ohne jede Beschäftigung. Nachdem das Theater, an dem er als musikalische Hilfskraft tätig gewesen war, schließen mußte, hatte er sich bei konzertierenden Kapellen verdingt, in Kinos gespielt, in Varietés als Begleiter ausgeholfen. Nun aber habe die mechanische Musik („diese verfluchten Erfindungen“, wie sich Frau Weismüller ausdrückte) die menschliche Kraft verdrängt, es spielten Automaten und der Künstler könne zugrunde gehen. Sie sprach nervös und geheßt. Ja, jetzt könnte sich ihr Sohn wieder vorstellen bei einer Hotel-Jazz, jetzt hätte er wieder Ausichten und die Bezahlung, die man biete, sei gut, er könne bis acht Mark in der Nacht verdienen, aber er benötige einen Frackanzug und der seine sei im Verkauf. Vierundzwanzig Mark seien darauf geborgt. Frau Weismüller schwieg. Weltlin schwieg. Er sah einen kleinen blonden Knaben mit einer Geige, dieses süße Wunderkind war wohl nun der hungernde Musiker, der eine Stelle bei einer Jazz-Kapelle suchte und hierzu seinen verlegten Frack auslösen mußte. Frau Weismüller, ein wenig ängstlich geworden, fuhr fort: Sie habe niemanden, an den sie sich wenden könne, allüberall habe man ihr und ihrem Sohn bereits geholfen und sie wage die Bitte, ob nicht Herr Weltlin diese vierundzwanzig Mark vorstrecken möchte, ihr Sohn werde das Geld bestimmt zurückzahlen, wenn es ihm einmal wieder besser gehen sollte. Weltlin hatte sein Scheidbuch hervorgezogen und hatte, während er das Datum schrieb, noch die feste Absicht einen größeren Betrag auszusprechen. So sehr er sich deswegen auch später Vorwürfe machte, er konnte sich nicht darüber Rechenschaft geben, warum er gerade nur die erbetene Summe in das Papier eingelebt hatte. Ueberraschungsartig dankend, verließ die Frau das Zimmer.

Mit einem unzufriedenen Gefühl, einem dumpfen Stechen in der Herzgegend, blieb Weltlin zurück; er wollte der Frau nach-eilen, doch der Proturist Vechner und Ingenieur Hanau kamen gerade. Eine Arbeiterdeputation, so meldeten sie, wünsche empfangen zu werden. Weltlin nickte, straffte seine Gestalt und schon betraten vier Arbeiter den Raum. Auf einen Wink nahmen die Leute an einem Tischchen Platz und der Sprecher begann. Er wolle, so hob er an, die Leitung der Fabrik auf die Stimmung der Arbeiterschaft aufmerksam machen. Durch den Umstand, daß das Unternehmen fast alle Fabriken der Konkurrenz lahmgelegt habe, sei eine katastrophale Arbeitslosigkeit eingetreten und die Unmöglichkeit, neue Arbeit zu finden, sei offenkundig. Trotzdem nun die Fabrik ihren Abfall von Woche zu Woche steigere, würden immer wieder Arbeiter abgebaut und jede maschinelle Verbesserung habe weitere Entlassungen zur Folge. Die Arbeiterschaft habe nun gehört, daß wieder Neuerungen bevorstünden, sie sei verängstigt und bitte um Mitteilung, was die Leitung des Unternehmens plane.

Es sei schwer, einen befriedigenden Aufschluß zu geben, erwiderte Weltlin zögernd. Gewiß würden Verbesserungen erwogen, der menschliche Geist stehe nicht still und die Maschine selbst verlange gebieterisch ihren Ausbau. Leider sei es richtig, daß eine solche Verbesserung wieder menschliche Arbeitskraft überflüssig machen werde, aber die Leitung werde sich bemühen, mit größter Rücksicht und Vermeidung aller Härten vorzugehen.

„Das heißt also wieder Abbau“, sagte der

Sprecher. „Bieviele von uns werden daran glauben müssen?“

„Das steht zur Stunde noch nicht fest.“
„Die Arbeiterschaft“, fuhr der Mann fort, „wolle fragen, ob diese Maßnahme nicht unterbleiben könne. Da das Werk doch so gut wie keine Konkurrenz habe, könnten doch die Preise für das fertige Produkt in der bisherigen Höhe gehalten werden.“

„Das geht nicht“, erwiderte Weltlin, ein wenig energischer, als er eigentlich wollte, „das geht leider nicht. Unsere Erfindung ist im Ausland bekannt, man arbeitet dort ebenso rationell wie hier. Wenn wir uns nicht anpassen, haben wir die ausländische Konkurrenz im Land, und Zölle einzuführen ist in diesen Zeiten so gut wie unmöglich.“

Weltlin hielt eine nationalökonomische Vorlesung und war schön im Fluß.

„Wir müssen also mit weiteren Entlassungen rechnen“, fragte ein Arbeiter.

„Es ist noch nichts entschieden“, sagte beruhigend Weltlin, und er fühlte, daß er wieder am Ausgangspunkte seiner schönen Rede angelangt war. Hier aber halfen keine Reden, er fühlte es, die Leute verlangten nach Beruhigung, die er nicht geben konnte. Man erörterte einige Auswege, doch es zeigte sich, daß hier keiner zu finden war.

„Ich fürchte, daß die Genossen nicht zufrieden sein werden“, sagte der Sprecher der Arbeiter und erhob sich.

„Wollen Sie damit ausdrücken, daß Sie einen Streik planen?“

„Nur politische Desparados können unter solchen Umständen an Streik denken“, sagte ruhig und bedächtig der Arbeiter und fügte hinzu: „Die Zeiten sind nicht danach. Aber beten Sie zu Gott, daß wir nicht zu anderen Zeiten so hartnäckig sind, wie Sie jetzt.“

Weltlin, allein gelassen, ging unruhig auf und ab. Warum mache ich denn dies alles noch mit? Ruß ich denn hier den Wüterich, den nimmerlatten Kapitalisten spielen? Bin ich es am Ende wirklich? Warum dies alles?

Doch er hatte keine Zeit, seinen Gedanken nachzugehen. Der Proturist Vechner kam mit Leichenbittermeine und meldete, daß er

eine unangenehme Nachricht zu überbringen habe. Er sei Unterschlüssen auf die Spur gekommen; der Kassierer, achtzehn Jahre im Hause tätig, habe gestohlen. Die Defraudationen reichten auf fast ein Jahr zurück, etwa zwanzigtausend Mark habe er veruntreut. Weltlin schwollen die Stirnadern an, er fragte: „Was haben Sie veranlaßt?“

„Nichts“, sagte Vechner, „ich wollte Ihren Entschlüssen nicht vorgreifen.“

„Lassen Sie mir den Mann kommen.“

Der Mann erschien. Es war ein kleiner, schwächlicher Mensch mit intelligentem, blassem, gequältem Gesicht. Als ihn Weltlin erblickte, erschrak er; er glaubte ein Traumbild zu sehen, sein Zorn, seine Erregung verfliegen im Nu. Die Knie des Eintretenden zitterten, er mußte sich setzen, er wäre sonst hingefallen.

„Lassen Sie doch die Fagen!“ rief Vechner. „Sie hätten es sich eben früher überlegen müssen. Zuerst stehlen, dann um Mitleid flehnen, das kann bald einer.“

Weltlin gebot mit einer Handbewegung Ruhe.

„Was fiel Ihnen denn ein, Röchling, nach fast achtzehnjähriger Tätigkeit solche Sachen zu machen?“

Röchling versuchte zu sprechen, doch seine Stimme verlagte. (Fortsetzung folgt.)

Gottfried Kinkel

Zu seinem 50. Todestage / Von Hermann Wendel

Wollte sich die Gegenwart ein Urteil über Gottfried Kinkel einzig nach der Meinung bilden, die Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem offenerzigen Briefwechsel über Kinkel austauschten, so nähme heute kein Hund zu seinem Andenken ein Stück Brot an. Sicher war das historische Recht auf der Seite der beiden, wenn sie, die Jahre, fast Jahrzehnte die Luft des Londoner Exils mit ihm teilten, ihn als eilten, unwillkürlichen, anmaßenden Schönschwärmer ablehnten, aber Ausflüsse objektiver Gerechtigkeit waren weder die ewigen Bezeichnungen „der dumme Kinkel“, der „süße Kinkel“, „der verlogene Pfaffe Kinkel“ noch der Spott über „seine rotfahriant- lederne Weise“ zu reden, noch der Hohn: „Der Bursche predigt Optimismus in säuselnder, hut-abziehender, schwachmaltiger Form.“ Wer Kinkel durch solche Ausbrüche des Unmuts der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus ein für allemal abgetan wissen will, dem müßte freilich auch jedes böse Wort der beiden guten Haller gegen Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und Ferdinand Freiligrath bare Münze sein.

Der Kinkel, mit dem Marx und Engels in London nicht zusammenkommen wollten noch konnten, hatte überdies auch die sozusagen geschichtliche Aufgabe seines Lebens schon hinter sich; für den Rest seiner Tage zehrte er vom Ruhme der Jahre 1848, 1849 und 1850. Im Vormärz schon kannte man seinen Namen, am meisten am Rhein. Ein Pfarrerjohn aus Oberkassel, zog bereits der Ein-, der Zweiundzwanzigjährige als Privatdozent der Kirchengeschichte an der Bonner Universität und bald auch als Hilfsprediger der evangelischen Gemeinde in Köln die Aufmerksamkeit auf sich; noch mehr redete man

von Kinkel, als er mit Johanna Rockel eine Katholikin und geschiedene Frau heimführte und von der Kirchen- zur Kunstgeschichte, vom Glauben zur Freigeisterei hinüberwechselte. Auch nach dem Lorbeer des Dichters griff er, obwohl nur ein Talent dritten oder vierten Ranges, mit manch glücklicher Strophe. An jene Tage, da er, ein lebhaft sprudelnder Kopf, Anregungen empfangend und gebend, geliebt und bewundert, recht aus dem Vollen zu leben glaubte, erinnerten später die Verse:

Im Freundesreigen stand ich stark
Beim Becher und im Fehde.
Mein Leib war fest, gesund mein Mark,
Und golden floß die Rede.

Schon seine rheinische Heimat, die in Kinkels Geburtsjahr 1815 an Preußen gefallen war, und von deren Bewohnern er vermerkte: „Wir selbst kamen uns viel eher als ein erobertes Land vor“, wies einem so beweglichen und zukunftsgläubigen Geiste seinen Platz im Lager der politischen Opposition an, und als 1848 losbrach, schwentte der Bonner Professor begeistert die Fahne der unbedingten Demokratie. Im Freiheitsüberschwange dieses Jahres war sein lyrisches Pathos der rechte, auf Massen wirkende Ton, aber als, im Frühjahr 1849, die Revolution auf beiden Beinen zu lahmen begann, bewies Kinkel, daß er, redlich für die deutsche Einheitsrepublik erglühend, doch mehr zu sein verstand als nur ein politischer Schönredner. Nach dem mißglückten Versuche, mit dem Bonner Demokraten das Sieghaus zu stürmen, eilte er auf den Schauplatz der Reichsoberfällungskampagne und trat in Baden als einfacher Wehrmann in das Freikorps Willich ein. Als er Ende Juni während der Gefechte an der

Murglinie verwundet in die Hände der Preußen fiel, machte er sich keine Illusionen über das Los, das ihn erwartete; seine leere Phrase war es, was er in den Kasematten von Rastatt nieder schrieb:

Den Feinden mild, den Freunden gut,
Die Hand noch rein vom Blute,
Kein Blatt voll Haß, kein Blatt voll Blut
In meines Schicksals Buche:
So werf' ich in den Opferbrand
Ein reichbetränktes Leben —
O Glück und Stolz, mein Vaterland,
Für dich es hinzugeben!

Daß am 4. August das Kriegsgericht Kinkel, anstatt ihn vor die Gendehrläufe zu stellen, „nur“ zu lebenslänglicher Festungstrafe, nicht etwa Festungshaft, verurteilte, erregte landauf, landab die zähneknirschende Wut der Reaktion, die sich bemühte, auf Umwegen doch noch zum Ziele zu gelangen. Aber, nicht zuletzt aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, befälligte Friedrich Wilhelm IV. den Spruch, nur daß er den Gehörten, anstatt ihn auf einer Festung Sandtaren oder Abtrittsgruben aussetzen zu lassen, in eine „Ziilanstalt“ übermies; so hatte der hohenzoller wenigstens sein rachschichtiges Behagen daran, daß der verdohnte Poet im Zuchthaus, erst zu Raungard, dann zu Spandau, wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, Wollspulen mußte. Diese Folterung eines reinen Menschen, der für seine politische Ueberzeugung litt, empörte indessen über die Kreise der Bestimmungsgenossen hinaus ganz Deutschland und ganz Deutschland jubelte auf, als es am 6. November 1850 dem jungen Karl Schurz durch einen kühnen Streich gelang, Kinkel aus dem Kerker zu entführen, und die Kunde einlief, daß beide unangefochten das englische Asyl erreicht hatten.

Wenn sich auch Kinkel in London an manchem Emigranten-Hotuspokus übernahm und später als Professor in Zürich zuweilen nationalliberale Anwandlungen bekam, so verleugnete er doch die politische Grundgesinnung seiner guten Jahre nicht. Dazu gehörte es, daß er sich nicht nur einen Demokraten, sondern auch einen Sozialisten nannte. Seitdem er denke und empfinde, so erklärte er, habe sich sein Herz zu den Armen und Unterdrückten gehalten und nicht zu den Reichen und Gewaltigen dieser Welt; 1848 betriebe er ein von ihm herausgegebenes Organ zur Belebung des Handwerkerstandes „Spartacus“, und 1849 meinte er es, des Todesurteils gewärtig, durchaus ehrlich mit dem Bekenntnis:

Der müden schwelenharten Hand
Ein sanfter' Los zu werben,
Du vierter Stand, du treuer Stand,
Für dich geh' ich zu sterben.
Euch Armen treu bis in den Tod,
Für euch zur Tat entschlossen,
Fall' ich ums nächste Morgenrot,
Vom kalten Blei durchschossen.

Nun war diese Empfindung für die Elenden und Unterdrückten mehr eine Sache des Gefühls als der Erkenntnis, ein, wie es die „Offseezeitung“ einmal nannte, „poetischer Sozialismus“, aber stark genug blieb sie, um Kinkel der von Bismarck genügten deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Ausnahmegesetzes mit Rai und Lai beistehen zu lassen; als er am 13. November 1882 starb, erfuhr die Welt aus dem chrenden Nachruf des „Socialdemokrat“ von dieser seiner Verbundenheit mit der gedächten Arbeiterpartei. Rochte Kinkel darum den höchsten Ansprüchen weder als Dichter noch als Politiker noch als Mensch genügen, so wirkt er, im Ganzen gesehen, doch so übel nicht und macht es durch seine Erscheinung und sein Schicksal begreiflich, daß er mit Zeit Valentins Wort eine Weile neben Robert Blum „der volkstümlichste Revolutionär“ in Deutschland war.

Volkmar Fro:

Ivan und die Sandvipper

Joan ist der häßlichste Hund von ganz Moskar. Ein riesiger Wolfshund mit einem kaum daumenlangen Schwweifstummel. Alle Fremden, die von Dalmatien herüberkommen, lachen über ihn, wenn er auf dem staubigen Bahnhofspflanz wie ein gestuhter Terrier herumstreicht. Man weiß eben nicht, daß Joan seine Rute bei einer Heldentat einbüßte.

Diese Geschichte von dem abgehackten Schweif des braven Joan gibt sein Herr, der Weinwirt Jospf Pavlic, auf zweierlei Art zum Besten. Wenn man sie umsonst hören will, macht er die Sache recht kurz. Wer sie aber bei einer Flasche Weisswein erzählen läßt, erfährt dann genau, warum der Wirt diesen verstümmelten Hund zärtlich liebt und warum er zornig wird, wenn die Fremden über das Tier lachen:

Da hatte Jospf Pavlic vor acht Jahren in einem Gehölz bei Moskar Stöcke für seinen Weingarten. Seine vierjährige Tochter Maria sah mit ihrer Puppe am Rande des Gestrüpps und neben ihr lag Ivan; Als der Hund plötzlich zu bellan begann, achtete Pavlic zuerst nicht darauf, wurde aber dann durch die sonderbare Wut des Tieres aufmerksam und ging mit seiner Puppe langsam hinüber. Er sah Ivan schon von weitem in Angriffsstellung laut gegen einen Felsblock geben und neben ihm die kleine Maria stehen und glaubte,

daß der Hund einen Frosch oder Vogel verbisse. Er rief ihn an, Joan mich aber nicht von der Stelle und bellte noch lauter, als ob er Hilfe fordere.

Der Wirt kam bis auf zehn Schritte näher und entdeckte jetzt zu seinem Schrecken dicht vor dem Kind und dem Hund eine große Sandvipper. Und sah im gleichen Augenblick entsetzt die kleine Maria den Hund zur Seite schieben und mit der Puppe gegen die Vipper losgehen.

Pavlic schrie auf und stürzte mit einigen Sähen hinüber, er wäre aber zu spät gekommen, wenn nicht Joan sich mit einer blitzschnellen Wendung gedreht und das Kind zurückgestoßen hätte. Es fiel zu Boden und dafür hing auch schon die Schlange am Schweif des Hundes!

Das Reptil war sofort mit einem Halesstod erledigt, dann nahm Jospf Pavlic kurz entschlossen seinen Arzt, zog den wunden Ivan zu einem Stein und rettete ihm mit einem kräftigen Hieb das Leben —

So hat mir der Wirt Pavlic an einem glühend heißen Julimittag erzählt. Die hübsche Maria stand dabei am Schenktisch und pußte Gläser. Ivan schnappte nach den Fliegen und wedelte dankbar mit seinem Ehrenzeichen, als er von mir zur nachträglichen Belohnung eine fette Knoblauchwurst erhielt.

